

EXPERT PAPER

Dr. Stefan Goertz

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine

**Folgen für Europa und die
Welt**

Juni 2022

Impressum

Das Europäische Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP) ist ein weltweit tätiges Forschungsinstitut mit Sitz in Wien, Österreich. Als non-profit-Institution liegt der Schwerpunkt von EICTP auf Schlüsselthemen rund um sicherheitspolitische Fragen. Sie führt Projekte mit namhaften Partnern im In- und Ausland durch, unterhält enge Beziehungen zu hochrangigen Forschungsinstitutionen und einem Netzwerk prominenter Experten und Wissenschaftler, bietet profunde Aktionen, Konsultationen und Strategien zur Terrorismusbekämpfung, hybride Konflikte und De-Radikalisierungsmaßnahmen und zielt darauf ab, auf der Grundlage von Forschungs- und Expertenbewertungen für Entscheidungsträger politische Empfehlungen zu erarbeiten.

Adresse:

Europäisches Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP)

Esslinggasse 17/5, 1010 Wien, Österreich

www.eictp.eu

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: EICTP

Ort der Veröffentlichung: Esslinggasse 17/5, 1010 Wien

Lektorat und formale Bearbeitung: EICTP

Grafikdesign: Citypress GmbH

Print: Citypress GmbH

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieser Veröffentlichung wurden mit größter Sorgfalt recherchiert und erstellt. EICTP übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der erteilten Informationen. Weder EICTP noch andere an der Erstellung dieser Veröffentlichung beteiligte Parteien haften für Schäden jeglicher Art, die sich aus der Nutzung, Anwendung oder Verbreitung der bereitgestellten Informationen ergeben. Sollte diese Veröffentlichung Verweise auf andere Medien Dritter enthalten, auf die EICTP keinen Einfluss nehmen kann, so wird keinerlei Haftung für solche Inhalte übernommen. Für die Richtigkeit der Inhalte der bereitgestellten Informationen ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Position des EICTP wider. Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Copyright: Alle in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung von EICTP ist jegliche Art von Vervielfältigung, Verbreitung, Änderung oder Vervielfältigung nicht gestattet, sowohl gegen Bezahlung als auch kostenlos.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	4
2	DIE KRIEGSFÜHRUNG RUSSLANDS – EINE HYBRIDE KRIEGSFÜHRUNG OHNE LIMITS?	5
2.1	DIE „ALEPPOFIZIERUNG“ VON MARIUPOL UND ANDEREN STÄDTEN IN DER OSTUKRAINE	11
2.2	BERICHTE ÜBER FILTRATIONSZENTREN UND VERSCHLEPPUNGEN	13
2.3	RUSSISCHE CYBERATTACKEN UND DESINFORMATIONSKAMPAGNEN GEGEN DIE UKRAINE UND DIE WESTLICHE WELT	14
2.4	DIE PMC „GRUPPE WAGNER“ ALS AKTEUR DER RUSSISCHEN HYBRIDKRIEGSFÜHRUNG	18
2.5	TSCHETSCHENISCHE KRÄFTE DES PRÄSIDENTEN KADYROW IM UKRAINEKRIEG	23
2.6	ZWISCHENFAZIT –HYBRIDE KRIEGSFÜHRUNG MIT FAST ALLEN MITTELN	24
3	FLUCHT IN DIE EU AUF HISTORISCHEM NIVEAU SEIT 1945 – FOLGEN FÜR EUROPA	25
4	DER EINFLUSS DES SYSTEMS PUTIN AUF DIE AFRIKANISCHE WELT	30
5	NAHRUNGSMITTELKRISE UND HUNGER IN AFRIKA	33
6	ENERGIEPOLITISCHE FOLGEN FÜR EUROPA	36
7	DAS SYSTEM PUTIN UND EXTREMISTEN IN EUROPA	38
8	FAZIT	44
9	ÜBER DEN AUTOR	46
10	QUELLEN	47

1 Einleitung

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der am 24.2.2022 begann, muss auf verschiedenen Ebenen analysiert werden. Durch den Angriffskrieg Russlands mit Streitkräften, die im weltweiten Vergleich zu den größten gehören, gegen die Ukraine als ein Land, das nicht Mitglied in der NATO ist, wurden und werden seit dem 24.2.2022 tausende Menschen getötet und verwundet. Frauen und Kinder – nach dem Kriegsvölkerrecht Nichtkombattanten – wurden und werden getötet, verletzt und vergewaltigt. Städte werden ausgehungert. Die humanitäre Katastrophe ist eine Analyseebene dieses Krieges, verbunden mit der Kriegsführung Russlands. Durch die sozialen Netzwerke werden tausende individuelle Schicksale von Ukrainerinnen und Ukrainern in die Welt transportiert und wir haben durch Videomaterial und Live-Schalten zu den Betroffenen einen medialen und persönlichen Zugang zu diesem Krieg. Die humanitäre Katastrophe in der Ukraine dauert seit dem 24.2.2022 an und wird prognostisch noch einige Zeit anhalten. Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern sind davon betroffen.¹

Eine weitere Analyseebene sind Folgen dieses Krieges Russlands gegen die Ukraine für Europa und die Welt. Ein historisches Ausmaß an Flucht seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, russische Cyberattacken und Desinformationskampagnen des Systems Putin gegen Staaten der westlichen Welt, energiepolitische Folgen, die Überschneidung von Äußerer und Innerer Sicherheit gehören zu den Folgen dieses Krieges, die es zu analysieren und auch vorherzusagen gilt. In großen Krisen mit signifikanten wirtschaftlichen Folgen radikalieren sich Menschen stärker als in Zeiten des Friedens und des Wohlstands. Auf die Corona-Pandemie folgt der Krieg in der Ukraine. Populismus, Radikalismus und Extremismus können durch diesen Krieg befeuert werden, in Europa, weltweit.²

Vorausgeschickt werden muss, dass jede Analyse so gut ist wie ihre Quellen. Der Krieg in der Ukraine dauert nun seit drei Monaten an, die Lage ist höchst dynamisch, die Einschätzungen der internationalen Experten ändern sich rasant und signifikant. Meldungen müssen verifiziert werden, unabhängig, von internationalen Gremien und Instituten. Daher ist es möglich, dass sich rückwirkend betrachtet, durch mehr Zugang zu Informationen, manche Feststellung als ungenau oder gar falsch erweisen wird. Auch der Faktor *fog of war*, „das erste Opfer des

Krieges ist die Wahrheit“ muss bei der Analyse der aktuellen Quellen zum Krieg in der Ukraine berücksichtigt werden.

2 Die Kriegsführung Russlands – eine hybride Kriegsführung ohne Limits?

In diesem Kapitel wird die Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine untersucht, um ihre Logik, ihren hybriden, „entgrenzten“ Charakter darzustellen, weil sie einen Ausblick auf die zukünftige Strategie Russlands im neuen Ost-West-Konflikt ermöglicht.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – einen souveränen Staat in Europa, der 1994 auf dem Gipfel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im „Budapester Memorandum“³ seine Atomwaffen im Tausch gegen Sicherheitsgarantien von Russland, den USA und Großbritannien aufgegeben hatte – war militärstrategisch, politisch und wirtschaftlich über Jahre geplant und vorbereitet und wurde taktisch-operativ durch das angebliche russischen „Militärmanöver“ bereits im Herbst 2021 initiiert. Das angebliche „Militärmanöver“ sollte nach offiziellen russischen Angaben im Februar enden, dann jedoch begann am 24.2.2022 die russische Invasion in die Ukraine. Die in der Regel sehr gut informierte große US-Tageszeitung „Washington Post“ berichtete Anfang Dezember 2021 – unter Berufung auf einen „ranghohen Vertreter der US-Regierung“ – dass Russland eine Offensive mit bis zu 175.000 Soldaten auf die Ukraine plane.⁴ Dies war knapp drei Monate vor dem Beginn der Invasion. Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, dementierte diese Berichte der US-Tageszeitung „Washington Post“ Medienberichte in der Zeitung „Kommersant“: „Die USA führen eine Spezialoperation durch, um die Lage rund um die Ukraine weiter zu verschärfen und die Verantwortung dafür an Russland abzuschieben.“ Diese Operation basiere auf „Provokationen entlang Russlands Grenzen“ und „Anklagerhetorik“.⁵

Das deutsche Bundesministerium der Verteidigung definiert Hybridkriegsführung wie folgt: „In modernen Konfliktszenarien setzen Angreifer auf eine Kombination aus klassischen Militäreinsätzen, wirtschaftlichem Druck, Computerangriffen bis hin zu Propaganda in den Medien und sozialen Netzwerken. Dieses Vorgehen wird auch als ‚hybride Taktik‘ oder ‚hybride Kriegsführung‘ bezeichnet“.⁶ Weiter führt das deutsche Ministerium aus, dass es das

Ziel der Angreifer sei, „nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar“.⁷

Ein wesentliches Element einer hybriden Kriegsführung ist die Verschleierung. Akteure operieren anonym oder bestreiten Beteiligungen an Operationen, Vorfällen und Kriegsverbrechen. Hybride Kriegsführung ist erfinderisch und koordiniert. Ein entscheidender Kriegsschauplatz von Hybridkriegsführung ist der Cyber- und Informationsraum.

Der russische Generalstabschef Waleri Wassiljewitsch Gerassimow sprach bereits im Jahr 2013 in Bezug auf Hybridkriegsführung von einem künftigen „entgrenzten“ Kampfgebiet: „Die Bekämpfung der Ziele des Feindes erfolgt über die gesamte Fläche seines Territoriums. Es verschwimmen die Grenzen zwischen strategischer, operativer und taktischer Ebene sowie offensiven und defensiven Operationen. Hochpräzise Waffen werden in großer Zahl eingesetzt. Das Militär beginnt aktiv, Waffen, die auf neu entdeckten physikalischen Gesetzen basieren, sowie autonome Systeme zu implementieren“.⁸

Die Kriegsführung Russlands ist hybrid und dies bereits seit der Annexion der Krim 2014. Klassische militärische Strategien, Mittel und Akteure werden ebenso eingesetzt wie Kriegsverbrechen, Aushungern von Städten, international geächtete Waffen, der Einsatz von Private Military Companies (PMCs) wie der „Gruppe Wagner“ sowie Cyberattacken und Desinformationskampagnen. Nach der Logik von Gerassimow ist diese Kriegsführung Russlands „entgrenzt“.

In Verschleierung seiner wahren Absichten, ein Angriffskrieg auf das souveräne europäische Land Ukraine, führte der russische Präsident Putin Wochen und noch Tage vor der russischen Invasion Gespräche mit westlichen Staatsoberhäuptern, um den Schein der diplomatischen Ebene aufrechtzuerhalten.

Am 7.2.2022 besuchte der französische Premierminister Macron den russischen Präsidenten Putin in Moskau, wenige Tage später auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz. Am 15.2.2022 analysierte Martin Ganslmeier für die Tagesschau: „Kanzler Scholz hat in Moskau diplomatisches Fingerspitzengefühl und Rückgrat bewiesen. Und Präsident Putin gezeigt, wie geschlossen der Westen in der Ukraine-Frage zusammensteht“. Ganslmeier erklärte weiter:

„Beide Seiten sind bereit, den Dialog und die Verhandlungen im Ukraine-Konflikt fortzusetzen“ [...] „Auf die Frage, ob er Krieg in der Ukraine wolle, antwortete Putin glaubhaft: ‚Natürlich nicht!‘ Ebenfalls positiv: Noch vor dem Antrittsbesuch von Scholz ließ Russland erste Truppen aus dem Grenzgebiet zur Ukraine abziehen. Dies kann ein erstes Signal der Entspannung sein“.⁹ Dieser Kommentar der Tagesschau zeigt, dass die Strategie der Verschleierung, angewendet vom System Putin, zumindest bis zum 24.2.2022 funktioniert hat.

Die am 24.2.2022 begonnene russische Invasion in die Ukraine war als Blitzkrieg geplant, in welchem Kiew eingenommen und die ukrainische Regierung gestürzt werden sollte. Die russischen Truppen griffen von Osten, von Süden über die seit 2014 russisch besetzte Halbinsel Krim sowie von Norden her aus dem mit Russland verbündeten Belarus in die Ukraine an. Innerhalb weniger Stunden war damit klar, dass es sich keineswegs um eine „begrenzte Militäraktion zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in der östlichen Region Donbass“ (Narrativ des Systems Putin) handelte, sondern um eine umfassende Invasion, welche die ukrainische Regierung stürzen sollte.¹⁰ Die von zahlreichen Experten verbreitete Erwartung, dass die russischen Truppen sich bei einer Militärintervention auf den Ostteil der Ukraine – östlich des Hauptflusses Dnipro – beschränken würden, bewahrheitete sich damit nicht.

Die russischen Streitkräfte greifen die Ukraine seit dem 24.2.2022 zu Land, zu Wasser, in der Luft und durch Cyberangriffe an. Russland hat seine massiven Steuergewinne – u.a. durch Öl- und Gaslieferungen an europäische Staaten und die USA – bereits seit 2008 massiv in eine Modernisierung seiner Streitkräfte investiert. Hierbei deutlich mehr in die Luft- und Raumfahrtkräfte sowie die Marine als in die Landstreitkräfte. Die russischen Streitkräfte attackieren die Ukraine seit dem 24.2.22 u.a. mit Luftangriffen, Raketen und Artillerie. Dies führt zu einer hohen Zahl von Opfern, getöteten ukrainischen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilisten.¹¹

Die UN-Menschenrechtsbeauftragte Michelle Bachelet erklärte bereits am 3.3.2022 im UN-Menschenrechtsrat in Genf, dass die meisten zivilen Opfer in der Ukraine durch den Einsatz schwerer Artillerie, von Mehrfachraketen systemen und Luftangriffen in besiedeltem Gebiet verursacht worden seien. Dazu gebe es „beunruhigende Berichte über den Einsatz von Streumunition gegen zivile Ziele“.¹² NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 5.3.2022, dass die russischen Streitkräfte Streubomben in der Ukraine einsetzen. Darüber hinaus gebe es Berichte über die Verwendung weiterer Waffen durch Russland, die gegen

internationales Recht verstießen, sagte Stoltenberg.¹³ Nach Angaben der ukrainischen Botschafterin in den USA haben russische Streitkräfte im Krieg gegen die Ukraine bereits thermobare Waffen („Vakuumbomben“) eingesetzt. Auch der britische Verteidigungsminister Ben Wallace sprach davon, dass sie „möglicherweise eingesetzt“ worden sei.¹⁴

Die ukrainische Regierung und andere Politiker des Landes konstatieren seit Kriegsbeginn, dass russische Truppen wahllos Wohngebäude, Schulen und Krankenhäuser mit Raketen und Artillerie beschießen. Von der Nachrichtenagentur AP bestätigte Bilder aus Charkiw zeigten Raketen, die Wohngebäude trafen, was zu etlichen verwundeten und toten Zivilisten führte.¹⁵

Die UN-Frauenorganisation forderte Mitte April eine unabhängige Untersuchung zu sexueller Gewalt im Ukraine-Krieg. „Wir hören immer häufiger von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt“, sagte die Direktorin von UN Women, Sima Bahous. Diese Berichte müssten unabhängig untersucht werden, um für Gerechtigkeit zu sorgen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.¹⁶

Der Historiker Martin Schulze Wessel, Professor für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München erklärte am 24.3.2022: „Nachdem der geplante Blitzkrieg gescheitert ist, geht er jetzt zu einem Vernichtungskrieg über, dessen Ziel in der Zerstörung der Ukraine als Staat und Nation besteht. Was wir in Mariupol sehen müssen, wird Putin auf die ganze Ukraine zu übertragen versuchen. Auf den überraschend erfolgreichen ukrainischen Widerstand antwortet Putin mit Kriegsverbrechen.“¹⁷

Ralf Südhoff, Gründungsdirektor des Centre for Humanitarian Action, Experte für humanitäre Hilfe beobachtet im Ukrainekrieg, dass „das humanitäre Leid als Kriegswaffe eingesetzt wird“: „Ich fürchte, dass wir in der Ukraine eine neue Dimension erleben könnten, indem humanitäres Leid im Krieg nicht nur in Kauf genommen wird, sondern erstmals zur zentralen Kriegsstrategie wird, um ein ganzes Land zu erobern. Wir haben früher auch erlebt, dass hin und wieder in Krisen humanitäre Hilfe behindert wurde, weil man eine Konfliktpartei schwächen wollte. Im Syrien-Konflikt ging Russland gemeinsam mit der syrischen Regierung den nächsten Schritt, indem das Belagern und Aushungern ganzer Städte als Waffe eingesetzt wurde. In der Ukraine habe ich die Befürchtung, dass dieses Vorgehen erstmals ins Zentrum einer Kriegsstrategie rückt, mit der Russland einen Regimewechsel herbeiführen will. Die bewusst herbeigeführte

humanitäre Katastrophe ist kein Kollateralschaden. Es ist der Versuch, den Druck auf die Zivilbevölkerung so weit zu erhöhen, dass die Ukraine kapitulieren muss.“¹⁸

Wegen der Tatsache, dass die Streitkräfte des Systems Putin in ihrem Krieg gegen die Ukraine seit dem 24.2.2022 internationales Recht brechen, spricht Südhoff als Experte für humanitäre Hilfe von einem „Rückfall ins Mittelalter, wenn diese humanitären Regeln und humanitäre Prinzipien der Menschlichkeit mehr und mehr missachtet werden“.¹⁹

Am 25.3.2022 warf die Europäische Union Russland vor, in der Ukraine Kriegsverbrechen zu begehen. Russland greife die Zivilbevölkerung an und ziele unter anderem auf Krankenhäuser, Schulen und Schutzräume, heißt es einer Erklärung des EU-Gipfels in Brüssel: „Diese Kriegsverbrechen müssen sofort aufhören“.²⁰

In der langen Geschichte des Völkerstrafrechts steht der Name der kleinen ukrainischen Stadt Butscha schon jetzt für einen Wendepunkt. Nach Angaben von Alexandra Kemmerer, wissenschaftliche Referentin am Max Planck Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht war niemals zuvor die Weltöffentlichkeit so unmittelbar und schonungslos mit Bildern der Opfer eines vor wenigen Tagen erst von Besatzungstruppen begangenen Massakers konfrontiert.²¹ In Butscha wie an vielen anderen Orten der Ukraine wird nun ermittelt und dokumentiert, von den ukrainischen Behörden, Staatsanwälten, vom Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, von Journalisten, Forensikern und Pathologen, Völkerstrafrechtlern und Menschenrechtsexperten.²² Auch die Europäische Union beschloss Ermittlungsteams in die Ukraine zu schicken und sagte die Unterstützung durch Eurojust, ihre Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, und Europol zu.²³

„Gewalt und Vergewaltigung wird von den russischen Invasoren als Waffe eingesetzt“, erklärte Kateryna Cherepakha Mitte April 2022. Sie berichtete von Frauen und Mädchen die mehrfach von russischen Soldaten vergewaltigt wurden, verschleppt und getötet. Im Visier der russischen Soldaten seien vor allem Aktivistinnen, Journalistinnen und Funktionsträgerinnen. Eine Kindergartenleiterin wurde von den Besatzern wegen ihres Berufs ermordet. „Die russischen Soldaten sagten: ‚Du sollst keine Nazis erziehen‘.“²⁴

Diese Systematik dieser Kriegsverbrechen wird zukünftig international ausgewertet werden. Diese Kriegsverbrechen sind nach aktuellem Informationsstand ein strategisches Mittel der

russischen Kriegsführung. Eine Folge davon ist die Flucht ukrainischer Frauen und Kinder nach Westeuropa.

Nach internationalen Auswertungen von Ende April 2022 haben russische Truppen in der ukrainischen Ortschaft Butscha mindestens 300 Zivilisten getötet, die Berichte darüber schockierten Anfang April 2022 die Welt. Schnell zeigte sich allerdings, dass das Massaker von Butscha kein Einzelfall war. Auch in der ostukrainischen Stadt Trostjanetz und in Borodjanka nordwestlich von Kiew sollen russische Soldaten geplündert und gefoltert haben. Anfang April zitierte das deutsche Wochenmagazin „Der Spiegel“ aus mitgeschnittenen Funksprüchen russischer Soldaten in Butscha, die dem deutschen Auslandsnachrichtendienst Bundesnachrichtendienst (BND) vorlagen.²⁵ Die Soldaten sollen sich in den Funksprüchen freimütig über die Ermordung von Zivilisten geäußert haben. Trotz den sich immer weiter verdichtenden Belegen für Kriegsverbrechen beharrt die russische Regierung weiterhin darauf, dass die Gräueltaten in Butscha „inszeniert“ seien. Internationale Journalisten vor Ort berichten davon, dass russische Offiziere nicht eingeschritten seien, als russische Truppen in Trostjanetz Zivilisten getötet und Leichen geschändet hätten. Viele russische Soldaten sprechen nach Angaben von internationalen Medienberichten freimütig über die Tötungen und Plünderungen, was nach Angaben der großen Schweizer Tageszeitung Neue Zürcher Zeitung darauf hindeutet, dass die russische Militärführung solche Exzesse toleriere.²⁶

Die weltweit anerkannte NGO Amnesty International legte Anfang Mai 2022 einen Bericht über mutmaßliche russische Kriegsverbrechen in der Ukraine vor. Auf den rund 40 Seiten könnten russischen Truppen in der Ukraine zahlreiche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden, teilte die Menschenrechtsorganisation mit. In dem Bericht werden mehr als 40 rechtswidrige Luftangriffe auf Borodjanka sowie außergerichtliche Hinrichtungen in anderen Städten und Dörfern, darunter Butscha, Andrijiwka, Zdvyzhivka und Worsel dokumentiert.²⁷

Seit April 2022 sind zahlreiche Fälle von sexualisierter Gewalt durch russische Soldaten in der Ukraine dokumentiert. Allein der Beobachtungsmission des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte wurden innerhalb weniger Tage nach eigenen Angaben bislang 75 Verdachtsfälle aus dem Raum Kiew bekannt.²⁸ Hillary Margolis von Human Rights Watch erklärte Mitte April 2022, es gebe „Hinweise, dass sexualisierte Gewalt im Ukrainekrieg verübt wird“. In Kriegen komme es oft zu sexualisierter Gewalt, einerseits aus individuellem Antrieb, andererseits werde sexualisierte Gewalt bewusst eingesetzt, um Bevölkerungen bzw. Teile der

Bevölkerung oder Gemeinschaft zu terrorisieren, zu foltern und zu verletzen. Dann handle es sich um Vergewaltigung als Kriegswaffe. Ob das im Krieg Russlands gegen die Ukraine so sei, lasse sich nach Angaben von Human Rights Watch von Mitte April noch nicht sagen.²⁹

Um Vergewaltigungen belegen und strafrechtlich verfolgen zu können, ist die Dokumentation unerlässlich. Die erste Verantwortung für Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen tragen die ukrainischen Behörden. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft und die Ombudsfrau für Menschenrechte befassen sich mit Fragen der Dokumentation ebenso wie lokale Polizeistellen und die Menschenrechtsmission der Vereinten Nationen in der Ukraine. Seit Ende April 2022 ist auch der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof an Ermittlungen beteiligt. Internationale und lokale Menschenrechtsorganisationen arbeiten ebenfalls daran, Fälle zu dokumentieren.³⁰³¹

2.1 Die „Aleppofizierung“ von Mariupol und anderen Städten in der Ostukraine

Ende April 2022 sprach die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock von einer „humanitären Katastrophe“ im Stahlwerk Asowstal in Mariupol. In der letzten Bastion ukrainischer Kontrolle über Teile ihrer Stadt hatten sich bis zu 1.500 Menschen verschanzt, belagert von russischen Truppen. Der russische Präsident Putin befahl zunächst, um Verluste eigener Truppen zu minimieren, dass das Stahlwerk vorerst nicht eingenommen werden solle: „Ich halte die Erstürmung des Gebiets für nicht notwendig“, sagte Putin vor laufenden Kameras. Es sei nicht nötig, in die Katakomben unter dem Werk einzudringen. Stattdessen sollten russische Truppen das Gelände hermetisch abriegeln. „Nicht einmal eine Fliege“ dürfe unentdeckt auf das Areal gelangen. Eine andere Formulierung für ein Aushungern der Menschen im Stahlwerk. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erklärte, die Lage in Mariupol sei „kaum zu ertragen“, dringend müssten die noch verbliebenen Menschen in Mariupol evakuiert werden. „Es unterstreicht, mit welcher Brutalität die russische Regierung Krieg führt“, betonte Baerbock. In Mariupol erlebe die Welt „ein Ausbluten, ein Aushungern einer Stadt“.³²

Anfang Mai, kurz vor den jährlichen russischen Feierlichkeiten des Sieges der Sowjetunion über Nazi-Deutschland am 9. Mai, steigerten die russischen Truppen ihre Flächenbombardements und Raketenangriffe auf mehrere Städte in der Ostukraine. In einer

Schule in Bilohoriwka wurden Zivilisten, die dort Zuflucht gesucht hatten, von russischen Streitkräften bombardiert. Zur Zeit des Angriffs kurz vor dem 9.5.2022 – dem jährlichen Feiertag Russlands zum Sieg über Nazi-Deutschland – befanden sich laut den regionalen Behörden rund 90 Zivilisten in dem Schulgebäude, die meisten von ihnen Frauen, Kinder und ältere Menschen, mindestens 60 davon starben.³³ UNO-Generalsekretär Antonio Guterres zeigte sich entsetzt über die Bombardierung des Schulgebäudes. Die russischen Streitkräfte scheinen zivile Opfer nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern sehr gezielt Wohnblöcke, Bahnhöfe und Schulen anzugreifen, um die ukrainische Zivilbevölkerung zu terrorisieren und zu demoralisieren. Das zeigte sich schon in Konflikten und Kriegen der letzten Jahre, wie beispielsweise in Syrien und in Tschetschenien. Die bisher grausamste Bombardierung ukrainischer Zivilisten war der Bombenabwurf über dem Theater von Mariupol. In dem Gebäude hatten rund 1000 Zivilisten Schutz gesucht, und es war deutlich als ziviles Objekt gekennzeichnet gewesen. Ein Team der Nachrichtenagentur AP kam nach einer aufwendigen Recherche vor Ort zum Schluss, dass bei dem Luftangriff Mitte März mindestens 600 Personen ums Leben gekommen sind. Bis Ende April sind nach Angaben der UNO mindestens 2345 Zivilisten in der Ukraine ums Leben gekommen und weitere 2919 verletzt worden. Aktuell sind die Zahlen getöteter Zivilisten wegen der verstärkten Bombardierungen aber noch stark angestiegen. Zudem ist die Dunkelziffer sehr hoch, da in umkämpften Orten wie Mariupol kaum Todesopfer geborgen und gezählt werden können.³⁴

Auf die Bombardierung der Schule in Bilohoriwka folgte eine weitere Angriffswelle auf Lyssytschansk, Sjewjerodonezk und zahlreiche andere Städte in der Ostukraine. Die russischen Bombardements in der Ostukraine richteten sich zwar auch gegen ein paar Öldepots, Bahnhöfe und Militärbasen, der Großteil dieser Angriffe traf jedoch nach internationalen Angaben immer wieder Wohngebiete, Krankenhäuser und Schulen. Militärisch-taktisch hat dies weniger Nutzen, aber strategisch-psychologisch entsprach dies der Logik des neuen russischen Oberbefehlshabers, General Alexander Dwornikow. Dwornikow war im April der Oberbefehl übertragen worden, um die russische Invasion zu korrigieren. Zu desaströs war die russische Offensive auf die ukrainische Hauptstadt Kiew verlaufen. Mehr als 10.000 russische Soldaten sollen laut Nato-Schätzungen bis dahin bereits gefallen sein, hunderte von Panzern und mehr als 100 Flugzeuge wurden von den ukrainischen Truppen zerstört. Der „Schlächter von Aleppo“, wie Dwornikow auch genannt wird, also dem Urheber der menschenfeindlichen

Vernichtung der syrischen Stadt Aleppo, ließ seine Truppen Anfang Mai keinen Multi-Frontenkrieg mehr führen, wie das noch im März der Fall war, seine Angriffe konzentrierten sich Anfang Mai auf den Donbass.³⁵ Der russische General Dwornikow war im April 2022 zur Erkenntnis gelangt, dass man mit Panzerangriffen im Zeitalter moderner panzerbrechender Waffen sowie Kampfdrohnen keinen Blitzkrieg mehr gewinnen kann. Stattdessen setzten seine Truppen nun auf Artillerieangriffe, um damit ganze Dörfer und Städte in Schutt und Asche zu legen, um erst danach russische Truppen in die zerstörten Gebiete zu schicken. Diese menschenfeindliche Strategie verstärkt die humanitäre Katastrophe noch mehr.

2.2 Berichte über Filtrationszentren und Verschleppungen

Nach Angaben des ZDF von Anfang Mai soll mehr als eine Million Ukrainer – darunter über 200.000 Kinder – nach Russland gebracht worden sein, ein großer Teil dieser Menschen gegen ihren Willen. Mehrere Zeugen berichten von einer konzertierten Vorgehensweise:³⁶ Die Institution Filtrationslager stammt aus der Zeit der Sowjetunion, sie dienten dazu, bei den aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Soldaten zu überprüfen, wer ein „Verräter“ war und wer nicht. Hinweise auf solche Lager gibt es beim Dorf Bezymenne, rund 30 Kilometer östlich von Mariupol. Drohnen-Aufnahmen und ein Satellitenbild vom 22. März 2022 belegen, dass russische Akteure dort eine Zeltstadt aufgestellt haben. Das ukrainische Verteidigungsministerium erklärt, dass Ukrainer massenweise unter anderem nach Sachalin gebracht wurden, eine Insel weit im Osten Russlands. Nach Angaben der in der Regel sehr gut informierten US-Zeitung „New York Times“ fürchten ukrainische Sicherheitsbehörden, dass verschleppte Ukrainer zu Zwangsarbeit herangezogen werden könnten. Bei Sachalin beispielsweise befinden sich bedeutende Gas- und Erdölvorkommen Russlands. Amnesty International prüfte diese Berichte Anfang Mai noch, wonach Ukrainer gegen ihren Willen nach Russland gebracht werden. Ein solches Vorgehen wäre ein Verstoß gegen humanitäres Völkerrecht, das Zwangsumsiedlungen und Verschleppungen aus besetzten Gebieten verbietet. Sollten die russischen Behörden Ukrainer nach Russland zwangsumsiedeln, wäre dies ein schwerer Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention und ein Kriegsverbrechen.³⁷

2.3 Russische Cyberattacken und Desinformationskampagnen gegen die Ukraine und die westliche Welt

US-Präsident Joe Biden erklärte auf der Grundlage von Informationen der US-Sicherheitsbehörden Ende März 2022, dass Cyberangriffe Russlands gegen westliche Demokratien bevorstehen: „Je mehr er mit dem Rücken zur Wand steht, desto schädlichere Taktiken wird er einsetzen. Die russische Cybermacht ist ziemlich stark. Und sie kommt.“³⁸ Russische Hacker hätten Vorbereitungen für einen möglichen Großangriff auf amerikanische Computersysteme getroffen, erklärte der US-Sicherheitsrat. Mitarbeiter von US-Sicherheitsbehörden erklärten der US-Zeitung Washington Post, dass die Cyberangriffe Russlands auf Kritische Infrastruktur (KRITIS) abzielen könnte, beispielsweise die Strom-, Gas- oder Wasserversorgung, Telekommunikationsanbieter, Banken und Börsen. Weitere mögliche Angriffsziele seien Kraftwerke, Staudämme oder Flughäfen. Besonders habe es das System Putin auf Unterwasserkabel und industrielle Kontrollsysteme abgesehen, um seine Fähigkeiten als Cybermacht zur Schau zu stellen.³⁹

Die US-Behörde für Cyber- und Infrastruktursicherheit (CISA) warnte Mitte März 2022 mehr als 100 der am stärksten gefährdeten Firmen in den USA vor konkreten Bedrohungen durch russische Cyberangriffe. Thomas Rid, Professor an der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University beobachtete Ende März 2022: „Der Cyberkrieg ist hier, er geschieht jetzt und er wird wahrscheinlich eskalieren“.⁴⁰ Zwei Wochen vor der russischen Invasion in der Ukraine wurden 21 US-Energiefirmen Opfer von Cyberattacken, gleichzeitig wurden die Server ukrainischer Banken angegriffen. Am Tag des Beginn der russischen Invasion fiel das Satellitennetzwerk Ka-Sat des Betreibers Viasat aus; darüber kommunizieren die ukrainischen Streitkräfte, die Polizei und die Nachrichtendienste. Auch für zahlreiche europäische Länder ist Ka-Sat wichtig, beispielsweise war Ende Februar 2022, zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, die Steuerung von 5800 deutschen Windturbinen betroffen. Die Ukraine hat seit der russischen Invasion bereits drei Wellen von Angriffen durch schädliche Software durchgemacht, die Daten infizierter Computer löscht und von russischen Akteuren gesteuert wird. Auch polnische Regierungs- und Behördencomputer waren betroffen. Nach Angaben der NATO gelte die Bündnisklausel auch für Cyberangriffe, wobei die NATO dies von Fall zu Fall entscheiden wolle.

Bundesinnenministerin Faeser betonte Anfang März, dass die „Gefahr russischer Cyberangriffe auf Deutschland ernst genommen werden“ müsse: „Wir gehen von einer erhöhten Gefährdung dieser Tage aus, weil im Kriegsgeschehen Cyber-Attacken auch eine Form der Kriegsführung sind“, so die die Bundesinnenministerin. „Deswegen sind wir sehr gewarnt.“⁴¹ Zusätzlich kündigte sie an, den Bereich der IT-Sicherheit weiter stärken zu wollen, um frühzeitig mögliche Angriffe auf die sogenannten Kritische Infrastruktur (KRITIS) erkennen zu können. „Man kann davon ausgehen, dass es Angriffe gegen den Energiesektor geben wird“, erklärt Robert Lee vom US-Unternehmen Dragos. Seine Firma schützt Unternehmen der Kritischen Infrastruktur, deren Ausfall Konsequenzen für das öffentliche Leben haben könnte, zum Beispiel wenn der Strom ausfällt. „Es ist jetzt durchaus angebracht, sich Sorgen zu machen.“ Mittlerweile verschickt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) täglich nicht-öffentliche Einschätzungen über die Lage in der Ukraine, mit besonderem Fokus auf den „Cyber-Raum“. Die Bedrohungslage ist derzeit auf „Orange“, also nach Definition des BSI „geschäftskritisch“. Eine „massive Beeinträchtigung des Regelbetriebs“ sei denkbar.⁴²

Am 24.2.2022, am ersten Tag der russischen Invasion in die Ukraine, sprach der russische Präsident Putin im russischen Fernsehen zur russischen Bevölkerung.⁴³ Kurz zusammengefasst sind die Narrative der Ansprache des russischen Präsidenten Putins die folgenden:

- „Die NATO bedroht die Existenz Russlands mit militärischen Mitteln“
- „Die westliche Kriegsmaschinerie nähert sich den russischen Grenzen“.
- „Russland gehört zu den mächtigsten Nuklearmächten der Welt“, „ein direkter Angriff des Westens auf Russland wird zu nuklearen Konsequenzen führen“
- „In der Ukraine wurde ein feindlich gesinntes Anti-Russland erschaffen, das unter vollständiger Kontrolle des Westens gestellt wurde“
- „Für Russland ist die Spezialoperation in der Ukraine eine Frage von Leben und Tod, eine Frage der historischen Zukunft als Nation“
- „Die führenden Nato-Länder unterstützen zum Erreichen ihrer eigenen Ziele extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine“
- „Russland hat nicht vor, die ganze Ukraine zu besetzen, aber sie zu demilitarisieren“
- „Das Ziel der russischen Spezialoperationen ist ein Regimewechsel in der Ukraine“
- „Russland wird von der Ukraine bedroht und muss sich verteidigen“⁴⁴

Am 12.4.2022 sagte der russische Präsident, Waldimir Putin, die „Spezialoperation in der Ukraine“ diene „der Gewährleistung der russischen Sicherheit“: „Wir hatten keine andere Wahl“.⁴⁵

Offensichtlich sind die Inhalte der Ansprache des russischen Präsidenten Putin inhaltlich falsch und diese Narrative werden von Populisten, Radikalen und Extremisten in Europa und der Welt aufgenommen und verbreitet. Die oben dargestellten Narrative des Systems Putin können potenziell in Europa und der Welt im Rahmen von Desinformationskampagnen radikalisieren und zu extremistischer Gewalt führen.

Verleumdung, Propaganda, Lügen: Deutschland steht nach einer EU-Untersuchung im Fokus von Desinformationskampagnen aus Russland. „Kein anderer EU-Mitgliedsstaat wird heftiger angegriffen als Deutschland“, hieß es in einem Bericht der „East Stratcom Taskforce“ des Europäischen Auswärtigen Dienstes bereits im März 2021, also ein Jahr vor dem aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine.⁴⁶ In jenem Bericht war sowohl von systematischen Kampagnen auf politischer Ebene die Rede als auch von Kampagnen durch Medien, die der russischen Regierung nahestehen. Dem EU-Bericht zufolge war Deutschland seit Ende 2015 mehr als 700 Mal Ziel von Angriffen russischer Medien. Zu Frankreich wurden gut 300 Fälle gesammelt, zu Italien gut 170 und zu Spanien 40. Lutz Güllner, zuständig für die EU-Taskforce „East Stratcom“ im Europäischen Auswärtigen Dienst führte bereits vor einem Jahr aus, dass es schon damals eine „sehr gut koordinierte und auch deutlich finanzierte Kampagne“ des Systems Putin gegen Deutschland gab. Diese Kampagne sei damals über Staatsmedien, wie beispielsweise RT Deutschland oder Sputnik News, oder über ganz eng mit ihnen zusammenarbeitenden Outlets, also Websites und andere sogenannte Newsportale betrieben worden. In Bezug auf die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung sprach Güllner im März 2021 davon, dass die deutsche Gesellschaft durch russische Desinformationskampagnen „weiter polarisiert werden“ solle, um das „Vertrauen in die Demokratieform und in die Regierung, in die staatlichen Stellen zu unterminieren und vielleicht dann eine Alternative aufzuzeigen, beispielsweise eine autoritärere Regierungsform, wie wir sie in Russland haben“. In Bezug auf Soziale Netzwerke stellte der EU-Beamte sehr große Reichweiten fest und dass solche Narrative, welche die deutsche Demokratie delegitimieren sollen, sich in Deutschland verfestigen.⁴⁷

Desinformationskampagnen sind so alt wie die Geschichte des Krieges. Aber durch das Internet hat die Qualität und Quantität von Desinformationskampagnen im 21. Jahrhundert ein historisches Niveau erreicht. Seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 hat das System Putin die Intensität und Reichweite von Desinformationskampagnen deutlich erhöht. So wird die Informationskriegsführung auch als ein explizit anerkannter Bereich der russischen Militärdoktrin definiert und ist daher systematisch und finanziell gut ausgestattet. Für die Verbreitung von Inhalten werden neben herkömmlichen Kommunikationsmitteln wie staatsnahen oder -eigenen Fernsehsendern oder Tageszeitungen, Instant Messaging-Dienste wie Telegram, Twitter oder Facebook genutzt.

Ein Beispiel für langfristige strategische Desinformation ist die in Deutschland und Europa angeblich stark ausgeprägte Russophobie, die von Akteuren des Systems Putin verbreitet wird. Weitere Themen sind die Opferrolle Russlands sowie dessen kulturelle Überlegenheit. Laut einem weiteren russischen Narrativ spiele speziell die Ukraine, aber auch andere westliche NATO-Partner, eine Marionettenrolle der USA.

Vor dem Hintergrund des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Europäische Union die Urheber von Falschinformationen – russische Akteure und Staatsmedien wie Russia Today (RT) und die Nachrichtenagentur Sputnik – verboten. Nach Angaben von Heinze und Steudle ist seit einigen Wochen zu sehen, dass vor allem hochrangige russische Politiker die Aufgaben von Sputnik und RT übernommen haben. Beispielsweise Außenminister Sergej Lawrow, der diverse – sowohl strategische als auch taktische – Desinformationen zur Rechtfertigung der Invasion an sich oder des Beschusses von Krankenhäusern mit Hilfe von Pressekonferenzen an eine globale Zuhörerschaft übermittelt.⁴⁸

Die derzeitige russische Desinformationskampagne in Deutschland ist als strategische Desinformation zu bezeichnen und soll mit ihren inkohärenten Narrativen weiter das Misstrauen in etablierte Medien und Politik schüren. So soll der Rückhalt der deutschen Russlandpolitik in der Bevölkerung minimiert werden. Vor allem die russischsprachige Bevölkerung in der Bundesrepublik nimmt der russische Staatsapparat nach Angaben von Heinze und Steudle als Zielgruppe in Visier. Hier werden neben Telegram, Facebook und Twitter gerade bei älteren Rezipienten E-Mail-Verteiler verwendet, die extrem schwer bis gar nicht einsehbar sind. Eine weitere Zielgruppe stelle nach Heinze und Steudle die über die letzten zwei Jahre der Pandemie immer medienkritischer aufgestellten „Querdenker“ dar, die vor allem

über Telegram mit diversen russischen Desinformationen adressiert würden und diese weiterverbreiteten. Nach einer aktuellen Analyse des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) verbreiteten acht von den zehn reichweitenstärksten deutschen Kanälen, während der ersten Woche der Invasion, russische Desinformationen über den Krieg.⁴⁹

Nach Angaben von Heinze und Steudle stehe „Deutschland russischen Desinformationskampagnen relativ unvorbereitet gegenüber“. Eines der Probleme sei, „neben fehlender Ausbildung staatlicher Institutionen, die mangelhafte öffentliche Kommunikation von Seiten der Politik, obwohl Politik und Sicherheitsbehörden nach Expertenmeinung genau wüssten, wer hinter diesen Desinformationskampagnen steckt“. Dabei könnte sich die deutsche Politik, in der Analyse von Heinze und Steudle, an Tschechien und Estland orientieren, die sich mit einem Zusammenspiel aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitteln in erprobter Weise erfolgreich gegen russische Desinformationskampagnen behaupten. So verfüge beispielsweise Tschechien über eine Spezialeinheit innerhalb des Innenministeriums, welche auf das Erkennen und Analysieren von Desinformationskampagnen spezialisiert ist und in kurzer Zeit in Abstimmung mit anderen Ministerien und NGOs Gegenmaßnahmen in Stellung bringen kann. Eine ähnliche Spezialeinheit findet sich auch in Estland.⁵⁰

Sowohl bei der Annexion der Krim 2014 als auch heute bildeten und bilden die staatsfinanzierten russischen Medien RT Deutsch und Sputnik/SNA eine wichtige „alternative“ Informationsquelle für verschwörungsideologische Milieus in Deutschland. Russland liefert mit seinen Medien Verschwörungserzählungen, Desinformationen und vermeintlich unterdrückte Inhalte, die von Populisten, Radikalen und Extremisten konsumiert werden.⁵¹

2.4 Die PMC „Gruppe Wagner“ als Akteur der russischen Hybridkriegsführung

Nach aktuellem Informationsstand setzen die russische Regierung und die russische Militärführung im Krieg gegen die Ukraine auch hybride Akteure ein, wie beispielsweise die PMC „Gruppe Wagner“ sowie tschetschenische Kräfte.⁵²

Die „Gruppe Wagner“ (russisch Группа Вагнера Gruppya Wagnera), auch OSM, PMC Wagner, ChVK Wagner oder CHVK Vagner, ist eine russische Private Military Company, die

medial als „Putins Schattenarmee“⁵³ bezeichnet wird. Eine PMC namens „Wagner-Gruppe“ ist nicht offiziell registriert (kein Eintrag im Handelsregister). Die „Wagner-Gruppe“ ist ein Geflecht von Dutzenden miteinander verwobenen Firmen hinter der Marke Wagner. In Russland sind private Militärfirmen offiziell rechtlich nicht erlaubt.

Die „Gruppe Wagner“ geht auf Dmitri Utkin zurück, nach dessen Kampfnamen „Wagner“ (in Anspielung auf Richard Wagner) sie benannt ist. Dmitri Walerjewitsch Utkin ist ehemaliger Soldat (letzter Dienstgrad Oberstleutnant) der Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU), des militärischen Nachrichtendienstes Russlands. Utkin wählte für seine Organisation den Decknamen „Wagner“, Adolf Hitlers Lieblingskomponisten.⁵⁴

Die „Wagner Gruppe“ ist Teil eines Firmengeflechts rund um den Oligarchen Jewgeni Prigoschin, der als enger Vertrauter des russischen Präsidenten gilt. Der „Wagner Gruppe“ als PMC werden zahlreiche Söldner-Einsätze im Rahmen verdeckter Einsätze in der Ukraine, in Syrien und in verschiedenen afrikanischen Staaten zugeschrieben. Im Sudan unterstützte diese Private Military Company den ehemaligen Diktator Omar Al Baschir, in der Zentralafrikanischen Republik den Präsidenten Faustin-Archange Touadéra, in Mosambik heuerte die Regierung die „Wagner Gruppe“ im Kampf gegen Islamisten an.

Die Dementis der russischen Regierung in Bezug auf die „Wagner Gruppe“ als irregulärer Akteur russischer Sicherheitspolitik wurden im Frühjahr 2020 konterkariert, als ein Söldner der Wagnergruppe bei einem Rückzugsgefecht in Libyen sein Tablet verlor. Auf diesem verzeichnet waren Klar- und Codenamen russischer Söldner, Einkaufslisten für Waffen, die nur die russischen Streitkräfte liefern können und Aufzeichnungen, wo Wagner-Söldner zivile Wohngebiete vermint hatten.⁵⁵

Politikwissenschaftlich gesprochen ist die „Gruppe Wagner“ mehr als eine PMC. Sie ist eine „paramilitärische Organisation zur Förderung russischer Interessen, ohne direkte Beteiligung Russlands“ und „weniger eine Sicherheitsfirma“. Die russische „Gruppe Wagner“ muss seit 2014 als hybrider Akteur, als Mittel russischer Sicherheits- und Militärpolitik beschrieben werden. In der Ukraine seit 2014, in Syrien, Libyen, Mali und anderen afrikanischen Staaten werden russische Söldner der „Wagner Gruppe“ als klandestine, verdeckte Akteure russischer Sicherheits- und Militärpolitik eingesetzt.

Bis zum Angriffskrieg auf die Ukraine 2022 versuchte die russische Regierung eine direkte Beteiligung am Krieg im Donbass zu vertuschen. Kurz nach dem Sturz Janukowitschs war die neue prowestliche Regierung der Ukraine mit einer russischen Militärintervention und der Annexion der Krim konfrontiert. Im April 2014 besetzten prorussische Separatisten Verwaltungsgebäude in mehreren Städten der Ostukraine, in den Bezirken Donezk und Luhansk. Als sich der damalige prorussische Präsident Wiktor Janukowitsch weigerte, ein fertig ausgehandeltes Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, kam es zu Massenprotesten. Dann wurden Russen auf der Krim und in der Ostukraine eingesetzt, die keine Hoheitsabzeichen trugen und die als „kleine grüne Männchen“ bezeichnet wurden.⁵⁶

Die „Gruppe Wagner“ ist seit Jahren bekannt dafür, Kriegsverbrechen zu verüben. Selbst Videoaufnahmen von Folterungen machen Wagner-Söldner publik. 2019 sagten zwei Ex-Wagner-Söldner der BBC, dass „Gefangene mitunter hingerichtet“ würden, „damit man keine zusätzlichen Mäuler stopfen“ müsse. Ehemalige Soldaten, Polizisten, Extremisten und Männer aus dem Bereich des kriminellen Milieus operieren seit 2014 für die „Gruppe Wagner“ in der Ostukraine und verübten dort Kriegsverbrechen. Der Großteil der „Wagner“-Söldner soll aus Russland stammen, ein Teil aus der Ukraine, aus der Moldau, aus Serbien, Armenien und Bosnien. Russlands Präsident Putin verlieh Utkin 2016 für seinen Einsatz in der Ostukraine einen Orden. Selbst Videoaufnahmen von Folterungen machen Wagner-Söldner publik. Nach übereinstimmenden medialen Angaben würden die Kämpfer vornehmlich aus Russen rekrutiert, die keine militärische Laufbahn mehr vor sich haben. Diese sollen etwa 3.000 bis 4.000 Euro im Monat als Sold erhalten.⁵⁷

Die „Gruppe Wagner“ als hybrider, klandestin agierender Akteur russischer Sicherheits- und Militärpolitik in der Ostukraine entwickelte sich nach 2014 zu einer russischen Strategie. Klandestine Akteure, die keine direkten Spuren zu russischen Streitkräften legen oder das Risiko von getöteten russischen Soldaten eingehen. Die „Gruppe Wagner“ soll phasenweise 10.000 Kämpfer gehabt haben. Wagner-Kämpfer unterstützten Syriens Diktator Bashar Al Assad als Bodentruppen, während Russland offiziell nur Luftunterstützung bot. Im libyschen Bürgerkrieg griffen Wagner-Söldner aufseiten des mit Russland eng vernetzten abtrünnigen General Khalifa Haftar ein. In der Zentralafrikanischen Republik, in Moçambique und seit 2021 auch in Mali tritt die „Wagner-Gruppe“ als „Ausbildungseinheit“ für die lokalen Streitkräfte auf.⁵⁸

Am 13.12.2021 verhängte die Europäische Union aufgrund von Berichten über schwere Kriegsverbrechen Sanktionen gegen die „Wagner-Gruppe“.⁵⁹ Wer hinter der „Wagner Gruppe“ steckt, daran besteht für Josep Borrell, den EU-Außenbeauftragten, keinen Zweifel: „Die Aktivitäten der Wagner-Gruppe sind Indiz für die hybride Kriegsführung Russlands: Sie sind weltweit eine Bedrohung, verursachen Instabilität in einer Reihe von Staaten.“⁶⁰

Ende März 2021 meldeten UN-Experten „schwere Menschenrechtsverletzungen“, die von russischen Wagner-Söldnern in der Zentralafrikanischen Republik begangen worden seien. Zu den Menschenrechtsverletzungen zählten nach UN-Angaben Massenerschießungen, Folter, Verschwindenlassen, willkürliche Angriffe auf zivile Einrichtungen und Angriffe auf humanitäre Helfer.

Mutmaßlich sind es dutzende Staaten weltweit, in denen Wagner-Truppen aktiv sind. Es geht um die Interessen der russischen Regierung oder staatsnaher Unternehmen. So wurde die „Gruppe Wagner“ beispielsweise aktiv, als Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro unter Druck geriet und der russische Öl-Konzern Rosneft um seine Investitionen bangte.

Auf Instagram entdeckten US-Journalisten Mitte Januar 2022 Aufnahmen, die von Wagner-Söldnern in Umlauf gebracht worden waren. Mitglieder der „Rusich“-Truppe, die bereits 2014 in der Ostukraine im Einsatz war, hatten bereits im Oktober des Jahres 2021 Bilder veröffentlicht, die sie bei Erkundungen in der Nähe der zweitgrößten Stadt der Ukraine, in Charkiw, zeigen.

Nach Angaben der britischen Tageszeitung The Times vom 28.2.2022 befinden sich seit Ende Januar mindestens 400 Söldner der „Gruppe Wagner“ in Kiew, um hochrangige Politiker, unter anderem den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sowie den Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, anzugreifen. Konkret sollen diese 400 Söldner das Ziel haben ca. 20 ukrainische Politiker anzugreifen. Informationen über diesen Söldner-Auftrag der „Gruppe Wagner“ soll die ukrainische Regierung nach Angaben von The Times am 26.2.2022 erreicht haben, was umgehend zu einer langen Ausgangssperre in Kiew, verhängt durch Bürgermeister Vitali Klitschko, führte, der von „russischen Saboteuren“ sprach.⁶¹

Das Time Magazine berichtete am 28.4.2022 von mindestens drei vereitelten Anschlagversuchen von Söldnern der russischen Gruppe-Wagner bzw. Kräfte des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyi.⁶²

Nach Angaben eines aktuellen BND-Papiers von Ende Mai 2022, das dem Spiegel und dem ZDF vorliegt, sind Teile der Gruppe „Wagner“ als rechtsextremistisch-neonazistisch einzustufen. Die rechtsextremistisch-neonazistische Gruppe „Rusich“ ist Teil der „Wagner“-Gruppe.⁶³

Aus dem vom deutschen Auslandsnachrichtendienst Bundesnachrichtendienst abgehörten Funkverkehr zu den Massakern in Butscha soll hervorgehen, dass Kräfte der russischen PMC „Gruppe Wagner“ maßgeblich an den Gräueltaten in Butscha beteiligt waren.⁶⁴

Internationalen Berichten – unter anderem die britische Daily Mail – von Ende April 2022 zufolge soll die russische PMC „Gruppe Wagner“ große Verluste in der Ukraine erlitten haben, von ca. 3.000 getöteten Kräften ist die Rede. Ein ehemaliges Mitglied der „Gruppe Wagner“ habe dem investigativen Recherchenetzwerk Bellingcat, dessen Geschäftsführer, Christo Grozev, dem Auswärtigen Ausschuss des britischen Unterhauses vorgetragen hat, dass sich einige „Wagner“-Kräfte für den Kampf entschieden hätten, „da sie Spaß am Töten“ hätten. Der Anteil dieser Mitglieder liege bei etwa 10 bis 15 Prozent: „Sie sind mordgierig, sie sind nicht nur Adrenalinjunkies“.⁶⁵

Sean McFate, Mitarbeiter der Denkfabrik Atlantic Council in Washington und Professor an der National Defense University der USA, führt dazu aus, die Brutalität der „Gruppe-Wagner“ sei „ein Teil ihres Verkaufsarguments“ [...] „Wenn man sich Butscha und andere anschaut, sieht man das gleiche Muster wie in Syrien, wo sie Menschen verhören, foltern und enthaupten“, sagte er. „Ein Grund, warum ich glaube, dass dies eine von Putins bevorzugten Waffen geworden ist, ist, dass es eine plausible Leugnung zwischen den Exzessen vor Ort, dem Versagen vor Ort und der Politik ermöglicht.“ Die westlichen Staaten hätten die Bedrohung durch die „Wagner“-Gruppe bislang nicht ernst genug genommen und die Bewegungen deren Mitglieder nicht verfolgt, so McFate.⁶⁶

Zusätzlich sollen zur „Wagner“-Gruppe sollen mindestens 700 Kämpfer der 25. Division des syrischen Generals Suheil Al Hassan, die in Syrien als „Tiger-Kräfte“ bekannt sind, für Russland in der Ukraine kämpfen.⁶⁷ Die britische Tageszeitung Daily Mail zitierte Ende April 2022 einen Beamten der EU anonym, der von bis zu 20.000 ausländischen Kämpfern ausging, die für Russland in der Donbass-Region kämpfen. Bei diesen bis zu 20.000 ausländischen

Kämpfern handele es sich um eine Mischung aus Söldnern der „Wagner“-Gruppe und pro-russischen Kämpfern aus Syrien und Libyen.⁶⁸

Zusammenfassend: Politikwissenschaftlich gesprochen ist die „Gruppe Wagner“ mehr als eine *Private Military Company*. Sie ist eine paramilitärische Organisation zur Erfüllung russischer Interessen und keine reine *Private Military Company*. Zu den Menschenrechtsverletzungen der „Gruppe Wagner“ in verschiedenen Ländern weltweit zählten und zählen nach UN-Angaben Massenerschießungen, Folter, Verschwindenlassen, willkürliche Angriffe auf zivile Einrichtungen und Angriffe auf humanitäre Helfer. Die russische „Gruppe Wagner“ muss seit 2014 als hybrider Akteur, als irreguläres Mittel russischer Sicherheits- und Militärpolitik beschrieben werden. In der Ukraine seit 2014, in Syrien, Libyen, Mali und anderen afrikanischen Staaten werden russische Söldner der „Wagner Gruppe“ als klandestine, verdeckte Akteure russischer Sicherheits- und Militärpolitik eingesetzt. Prognostisch ist davon auszugehen, dass das System Putin auch in der nahen und mittleren Zukunft Hybridakteure wie die „Gruppe Wagner“ und neue, noch unbekannte Organisationen, weltweit einsetzen bzw. finanziell, technisch und mit Geheimdienstinformationen versehen unterstützen wird. Zunächst eher in der sog. arabischen und afrikanischen Welt, mittel- bis langfristig potenziell aber auch in Europa.

2.5 Tschetschenische Kräfte des Präsidenten Kadyrow im Ukrainekrieg

Nach Angaben von Ramsan Kadyrow, Präsident der autonomen Republik Tschetschenien, enger Vertrauter des russischen Präsidenten Putin, kämpfen auch tschetschenische Kräfte in der Ukraine, die für ihre Kriegsverbrechen und ihre Brutalität bekannt sind. Unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion kündigte Kadyrow den Einsatz seiner berüchtigten Kämpfer in der Ukraine an und prahlte direkt auf seinen Social-Media-Accounts auf Telegram und VK-Kontakte mit angeblichen Erfolgen seiner Kräfte.⁶⁹ Am 1.3.2022 musste er erstmals öffentlich Tote und Verletzte seiner Einheiten einräumen. „Übrigens, zum Thema Opfer“, schrieb Kadyrow am Ende einer längeren Nachricht mit Beleidigungen gegen die ukrainische Regierung. Es seien zwei tschetschenische Soldaten getötet und sechs weitere verletzt worden. „Ja, im Krieg wird getötet, und das war nun mal ihre Berufswahl.“ Nun hätten sie ihr Leben für die Sicherheit Russlands und der Ukraine gegeben. Kadyrow bemüht wie der russische

Präsident Putin das Bild, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer angeblich von einer „unterdrückenden Regierung in Kiew befreit werden“ wollten.⁷⁰

In welcher Truppenstärke Kadyrows Kräfte in der Ukraine kämpfen, ist unklar. Kadyrow behauptet auf Telegram, „Tausende“ von ihnen seien in der Ukraine im Einsatz. Auch die russische Regierung hatte zuvor Bilder von tschetschenischen Kämpfern verbreitet, die sich bereit machten, in die Kämpfe in der Ukraine einzugreifen. Dabei war die Rede davon, dass bis zu 70.000 „Freiwillige“ bereitstünden, was als unrealistisch zu bewerten ist. Eine einstellige bis niedrig zweistellige Zahl im Tausenderbereich ist deutlich realistischer. Kadyrows Truppen sollen Jagd auf ukrainische Politiker machen. Angeblich soll jeder Kämpfer ein Päckchen Karten mit den wichtigsten Zielpersonen in der Ukraine erhalten haben.⁷¹

Kadyrow versucht, den Einsatz seiner Kräfte im Ukrainekrieg als Jihad, als „heiligen Krieg“ zu deklarieren: „Wir haben einen Befehl, wir haben Jihad!“ schrieb er am 4.3.2022 auf seinem Telegramm-Kanal. Menschenrechtsgruppen wie Human Rights Watch weisen darauf hin, dass Kadyrows paramilitärische Kräfte politische Dissidenten schon seit Langem terrorisieren, foltern und töten – unter dem Vorwand, sie seien islamistische Rebellen.⁷²

2.6 Zwischenfazit –hybride Kriegsführung mit fast allen Mitteln

Der langjährige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, erkennt eine klare Strategie des Systems Putin hinter der Zerstörung ukrainischer Getreide-Exporte: „Wladimir Putin versucht gezielt, Hungerkrisen im Nahen Osten und in Nordafrika zu erzeugen“, sagte von Fritsch Mitte Mai 2022. Deswegen hindere Russland die Ukraine am Getreide-Export und bombardiere Getreidesilos. „Putins Kalkül besteht darin, dass nach dem Zusammenbruch der Getreidelieferungen die hungernden Menschen aus diesen Regionen fliehen werden und versuchen, nach Europa zu kommen – wie damals die Millionen Syrer, die vor den Schrecken des Krieges flohen“, erklärte der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau. Mit neuen Flüchtlingsströmen wolle Putin „Europa destabilisieren und politischen Druck aufbauen, damit westliche Staaten ihre harte Haltung gegen Russland aufgeben.“ Dies sei „eine neue hybride Kriegsführung“.⁷³

Nach Angaben von Mark Kimmitt, General a.D. der US-Army Anfang Mai 2022 stehen die Zeichen der Kriegsführung Russlands aktuell auf einen „langen, blutigen Abnutzungskrieg“.

Atomwaffen als Mittel der russischen Kriegsführung erscheinen wenig realistisch. Auch taktische nukleare Waffen werden kurz- bis mittelfristig eher nicht als Mittel zur Anwendung gebracht werden.

Die Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine ist hybrid und dies spätestens seit der Annexion der Krim 2014. Die Kriegsführung Russland im neuen Ost-West-Konflikt bedroht auch zahlreiche Staaten der westlichen Welt, auf verschiedenen Ebenen, mit verschiedenen Akteuren. Das System Putin kombiniert klassische Militäreinsätze, wirtschaftlichen Druck, Cyberattacken, Desinformationskampagnen in den Medien und sozialen Netzwerken mit Kriegsverbrechen (u.a. sexualisierte Gewalt), der „Aleppofizierung“ des Krieges in der Ostukraine, Aushungern von Städten, international geächteten Waffen, den Einsatz von Private Military Companies (PMCs) sowie vielen Tausenden ausländischen Kämpfern aus Tschetschenien, Libyen und Syrien. Nach der Logik von Gerassimow ist diese Kriegsführung Russlands „entgrenzt“. Die Sicherheitsbehörden und die politischen Entscheidungsträger Europas müssen diese hybride Kriegsführung Russlands ebenso wie Institute und *think tanks* umfassend auswerten und ihre Analysen abgleichen, weil diese Kriegsführung Russlands noch für viele Jahre eine Bedrohung für Europa und die Welt darstellen wird.

3 Flucht in die EU auf historischem Niveau seit 1945 – Folgen für Europa

Das UNHCR meldete am 21.5.2022 mehr als 6,4 Millionen geflüchteter Ukrainer, vornehmlich Frauen und Kinder.⁷⁴ Mit Stand vom 19. Mai 2022 flüchteten 3,4 Millionen Ukrainer nach Angaben des UNHCR nach Polen (3,4 Millionen), Rumänien (943.000), Deutschland (über 700.000 registrierte Flüchtlinge), Ungarn (627.000) sowie weitere Staaten in Europa. Das tschechische Innenministerium spricht Mitte Mai von 348.000 registrierten Flüchtlingen, das italienische von 118.000 „angekommenen Menschen aus der Ukraine“.⁷⁵

Wenige Tage nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine einigte sich die EU darauf, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell und unkompliziert aufzunehmen. Wie EU-Innenkommissarin Ylva Johansson Anfang März 2022 auf Twitter mitteilte, stimmten die Innenminister der EU-Mitgliedsstaaten dem vorübergehenden Schutzstatus zu. Johansson sprach von einer „historischen Entscheidung“.⁷⁶ Die EU-Kommission hatte auf Bitten der EU-

Staaten vorgeschlagen, eine Richtlinie für den Fall eines „massenhaften Zustroms“ von Vertriebenen in Kraft zu setzen. Die seit 2001 gültige Richtlinie zum temporären Schutz von Flüchtlingen war infolge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien beschlossen worden und wird nun zum ersten Mal genutzt. Sie sieht Schutz für zunächst ein Jahr vor, verlängerbar auf insgesamt drei Jahre. Nach Angaben des französischen Innenministers Gérald Darmanin gilt dies „für alle, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten“.⁷⁷

Ein langwieriges Asylverfahren ist für den Schutzstatus damit nicht nötig, jedoch besteht das Recht, einen Asylantrag zu stellen, weiter. Zugleich werden den Schutzsuchenden Mindeststandards wie der Zugang zu Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis garantiert. Die Richtlinie soll auch eine Überlastung der für Asylanträge zuständigen Behörden verhindern. Johansson würdigte die Hilfe, die von den Bürgern in den EU-Staaten für die flüchtenden Ukrainer geleistet werde. „Dies ist wirklich ein Moment, um stolz darauf zu sein, Europäer zu sein.“⁷⁸

Knapp drei Wochen später dann, Ende März 2022, erklärte die EU-Innenkommissarin Johansson dann, jetzt gehe es um eine gerechte Verteilung innerhalb der EU. Ende März 2022 hatten nahezu alle 27 EU Länder ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Um die Verhandlungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu erleichtern, habe ihr Büro einen Index erarbeitet, erklärte Johansson. Aus diesem gehe hervor wie viele ukrainische Flüchtlinge in einem EU-Land seien, wie viele Asylsuchende es dort im vergangenen Jahr gegeben habe, und dies im Verhältnis zur Größe des Landes stehe. „Damit bekommen wir eine Aufstellung welche Länder jetzt am meisten belastet sind. Polen steht da ganz oben, das zweite Land ist Österreich“, führte Johansson Ende März 2022 aus.⁷⁹ Außerdem sollen berufliche Qualifikationen aus der Ukraine möglichst unkompliziert anerkannt werden, versprach die EU-Kommissionsvize Margaritis Schinas. Besondere Priorität habe das Thema Bildung. „Wir werden Geld zur Verfügung stellen, um ukrainisches Lehrmaterial auf einer Bildungsplattform online verfügbar zu machen. Das ukrainische Bildungsministerium hatte die eigenen Bildungsprogramme während der Pandemie bereits digitalisiert.“ Das sei jetzt natürlich ein großer Vorteil. Nahezu die Hälfte der ukrainischen Flüchtlingen sind Kinder und Jugendliche. Und es müsse garantiert sein, dass alle registriert und unbegleitete Minderjährige durch Sozialdienste betreut werden. Die Gefahr des Menschenhandels sei sehr real, erklärt EU-Innenkommissarin Johansson.⁸⁰ Man habe einige Hinweise, so die EU-Innenkommissarin. Da warteten Autos, um Kinder und Frauen

einzusammeln. Man versuche ukrainische Frauen ins Sexgeschäft zu holen. Deshalb möchte sie an alle Ankommenden appellieren: „Reisen sie wenn möglich mit dem Bus, informieren sie bei allein reisenden Kindern die Kinderschutzdienste. Geben sie niemals ihre Ausweispapiere jemanden anderes als einem Beamten. Machen sie ein Foto vom Nummernschild und schicken das Freunden, ehe sie in ein Auto steigen und reisen sie gemeinsam.“ Zum Kampf gegen den Menschenhandel richtete die EU-Kommission auch eine Task Force ein, die vor allem an den Grenzen der EU-Staaten operieren soll. Zur Finanzierung der Flüchtlingsversorgung wurde geplant, 3,4 Milliarden Euro aus einem Hilfspaket umzuwidmen, das ursprünglich Bewältigung der Corona-Krise gedacht war.⁸¹

Geflüchteten ukrainischen Staatsbürgern wird seit Anfang März 2022 vorübergehender Schutz in der EU gewährt. Das Recht auf vorübergehenden Schutz ist dabei „unmittelbar“ – d. h., wenn eine Person diesen Schutz in Anspruch nehmen möchte, muss sie sich lediglich an die nationalen Behörden wenden und Staatsangehörigkeit, den internationalen Schutzstatus oder einen gleichwertigen Schutzstatus, den Aufenthalt in der Ukraine oder gegebenenfalls eine familiäre Bindung nachweisen, die das Recht auf vorübergehenden Schutz begründen. Die EU stellt erklärend auf ihren Websites auf Ukrainisch, Russisch und Englisch fest, dass der vorübergehende Schutz nicht daran hindert, Asyl in einem EU-Staat zu beantragen.⁸² Der vorübergehende Schutz gilt nach aktuellen Angaben der EU zunächst bis zum 4.3.2023. Wenn ukrainische Staatsbürger zu diesem Zeitpunkt weiterhin Anspruch auf vorübergehenden Schutz haben, wird dieser zwei Mal automatisch um sechs Monate verlängert, d. h. bis zum 4.3.2024. Über diesen Stichtag hinaus kann die Kommission dem Rat der EU vorschlagen, den vorübergehenden Schutz um bis zu ein weiteres Jahr (d. h. bis zum 4.3.2025) zu verlängern, sofern dies notwendig ist. Geflüchtete ukrainische Staatsbürger haben nach Gewährung des vorübergehenden Schutzes folgende Rechte in der EU:

- Aufenthaltsrechte
- Zugang zu Wohnraum
- Sozialleistungen
- Medizinische Versorgung, einschließlich psychischer Gesundheitsfürsorge und psychologischer Begleitung für Kinder
- Gesetzliche Vormundschaft und sichere Unterbringung unbegleiteter Kinder und Jugendlicher

- Zugang zu Bildung und/oder Berufsbildung für Kinder und Jugendliche
- Zugang zum Arbeitsmarkt entsprechend der nationalen Arbeitsmarktpolitik
- Zugang zu Bankdiensten, z. B. Eröffnung eines Basiskontos
- Recht, in ein anderes EU-Land zu reisen, bevor eine Aufenthaltserlaubnis ausgestellt wurde
- Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU (zusätzlich zum Aufenthaltsland) während 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen nach Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis im EU-Aufnahmeland

Einige EU-Länder bieten dazu noch zusätzliche Rechte, beispielsweise freien Zugang zur Hochschulausbildung.

Dieser vorübergehende Schutz ist grundsätzlich lediglich in einem EU-Land gültig. Sprich: Der vorübergehende Schutz und die Aufenthaltserlaubnis gelten in diesem einen EU-Staat, allerdings können die geflüchteten ukrainischen Staatsbürger innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen 90 Tage innerhalb der EU reisen. Geflüchtete ukrainische Staatsbürger können ihre Rechte auch in einem anderen EU-Land in Anspruch nehmen, nicht nur in dem Land, in dem Sie sich gerade aufhalten. Wenn sie in ein anderes EU-Land weiterreisen, läuft die Aufenthaltserlaubnis im ersten EU-Land aus. Das neue EU-Aufnahmeland gewährt dann vorübergehenden Schutz und stellt einen neuen Aufenthaltstitel aus.⁸³

In Bezug auf die Verteilung der geflüchteten Ukrainer führten Steffen Angenendt, Nadine Biehler, Raphael Bossong, David Kipp und Anne Koch Ende März 2022 für die Stiftung Wissenschaft und Politik aus, dass frühere Erfahrungen mit der Aufnahme großer Gruppen Flüchtlinge, – beispielsweise während des Bosnienkrieges und während der sog. europäischen Flüchtlingskrise 2015 und 2016 – zeigen, dass eine anfänglich positive Haltung gegenüber Schutzsuchenden schnell in Ablehnung umschlagen kann, wenn der Eindruck einer Überforderung staatlicher Strukturen entsteht und mittelfristig keine tragfähige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt. So sei vor allem in Polen als primärem Erstantkunftsland diese Gefahr gegeben. Auch wenn die gesellschaftliche Stimmung dort bisher nicht umgeschlagen sei, seien die Kapazitätsgrenzen großer polnischer Städte wie Warschau oder Krakau bereits Ende März 2022 erreicht worden.⁸⁴

Nach Angaben der Autoren der oben genannten Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik sollte die strategische Planung aller EU-Staaten drei Phasen umfassen, Phase 1: Registrierung und Erstversorgung, Phase 2: Frühzeitige Arbeits- und Bildungsangebote und Phase 3: Flexible Beendigung des temporären Schutzstatus.

Die Registrierung der ukrainischen Flüchtlinge ist angesichts der schiereren Zahl der ankommenden Menschen – ein historisches Niveau seit 1945 wurde innerhalb weniger Wochen erreicht – eine gewaltige Herausforderung. In Polen wurden erst am 16. März, also nachdem schon über 1,8 Millionen Ukrainer die Grenze überquert hatten, ein entsprechendes Verfahren und die dazu nötige Infrastruktur eingerichtet. Der Rückstau bei der Registrierung ist dort und in Deutschland immens.

Noch hoffen viele ukrainische Flüchtlinge auf eine baldige Heimkehr, aber selbst im Fall einer mittelfristigen Waffenruhe wird ein erheblicher Anteil der geflüchteten Ukrainer für einige Zeit in der EU bleiben wollen oder müssen, nicht zuletzt, weil ihre Heimatorte zerstört wurden. In mehreren EU-Staaten, einschließlich Polen, besteht durchaus ein Interesse daran, dass ukrainische Staatsangehörige Lücken im nationalen Arbeitsmarkt schließen.

Angesichts der hohen Zahlen der Geflüchteten ist es unerlässlich, dass die Kapazitäten bei den Sprachkursen und bei der bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung stark ausgebaut werden.

Zu einem strategischen Umgang mit der Flucht aus der Ukraine gehöre nach Angaben der oben genannten SWP-Forscher auch, jetzt schon über das Auslaufen des temporären Schutzstatus nachzudenken. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass ein Teil der geflohenen ukrainischen Bevölkerung auch über zwei bzw. drei Jahre hinaus in der EU bleiben dürfte – je länger der Krieg dauert, umso mehr. Läuft der durch die EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz gewährte Status aus, ohne dass frühzeitig über Anschlussoptionen nachgedacht wird, ist zu erwarten, dass viele der Betroffenen von ihrem Recht Gebrauch machen werden, einen Asylantrag zu stellen.⁸⁵

4 Der Einfluss des Systems Putin auf die afrikanische Welt

Bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die Verurteilung des russischen Angriffskriegs stimmten 141 der 193 UN-Mitgliedsstaaten dafür, fünf dagegen, darunter das afrikanische Eritrea. Unter den 35 Enthaltungen waren neben China, Indien und Brasilien auch 17 afrikanische Staaten, Algerien, Uganda, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Mali, Senegal, Äquatorialguinea, Kongo Brazzaville, Sudan, Südsudan, Madagaskar, Mosambik, Angola, Namibia, Simbabwe und Südafrika. Das Abstimmungsverhalten spiegelt den Einfluss wider, den Russland auf dem Kontinent hat. Südafrika als zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas ist mit Russland im Brics-Staatenbund verbunden. Statt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verurteilen, fordert Südafrika seit Beginn des Krieges Versuche, den Konflikt mit Diplomatie zu lösen. Dem Brics-Verbund gehört auch China an, das seine Rolle in Afrika durch Milliarden-Investitionen immer weiter ausbaut. Obwohl Russland auf dem afrikanischen Kontinent überwiegend im Bereich von Bergbau-Projekten und im Bereich *Private Security Companies* aktiv ist, genießt es als Nachfolgestaat der Sowjetunion dort hohe Sympathiewerte. Diese hatte während des Kalten Krieges zahlreiche afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen unterstützt. Europa versucht sich vor diesem Hintergrund als strategischer Partner zu positionieren, steht dabei bisher aber noch im Schatten Chinas. Mit ihrer Strategie „Global Gateway“ will die Europäische Union nun aufholen und rund 150 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte in Afrika bereitstellen.⁸⁶

Viele Repräsentanten des ANC, der seit dem Ende der Apartheid ununterbrochen in Südafrika an der Macht ist, seien Russland gegenüber loyal eingestellt, so die Analyse des angolanischen Politologen Olívio N´kilumbu. „Einige sind der Meinung, die ehemalige Befreiungsbewegung sei den Russen noch einiges schuldig, seit den Zeiten des Kalten Krieges, und jetzt müssten wir Afrikaner, angesichts der russischen Invasion dazu schweigen, erklärte N´kilumbu. Die russische Propaganda in vielen Ländern Afrikas, auch und gerade in Südafrika, ziele darauf ab, „die alten Verbindungen der UdSSR mit den Befreiungsbewegungen wiederzubeleben“.⁸⁷

Russlands Propaganda ziele auch auf andere Länder im südlichen Teil des Kontinents, deren Unabhängigkeitsbewegungen im 20. Jahrhundert politisch und militärisch von der ehemaligen Sowjetunion unterstützt wurden, führt der Politologe N´Kilumbu aus. Länder wie Angola,

Mosambik, Simbabwe oder Namibia hätten bei der Ukraine-Resolution in der UN-Vollversammlung ebenfalls „mit der historischen Freundschaft im Hinterkopf“ abgestimmt. Während des Kampfes gegen den Kolonialismus hatte die Sowjetunion die Unabhängigkeitsbewegungen dieser Staaten, also MPLA, FRELIMO, ZANU und SWAPO, mit Waffen und Trainings unterstützt. „Gerade in Angola und Mosambik hat es seit den Zeiten des Kalten Krieges praktisch keine politischen Veränderungen gegeben. Und deshalb wurde die Nabelschnur, die diese Länder mit Moskau verbindet, nie durchtrennt“, so N’Kilumbu. Die MPLA unterhalte weiterhin enge Beziehungen zu den russischen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Eliten: „Auf militärischer Ebene haben wir immer noch russische Ausbilder. Unsere Militärakademie ist russisch beeinflusst.“⁸⁸

Die russische „Wagner“-Gruppe ist als *Private Military Company* und hybrider Akteur russischer Sicherheits- und Militärpolitik seit Herbst bzw. Winter 2021 in Mali aktiv. Nach Angaben von General Stephen Townsend, dem Kommandeur des US-Afrika-Kommandos waren mit Stand von Anfang 2022 in Mali etwa 1.000 Söldner der russischen Wagner-Gruppe im Einsatz („Wagner ist in Mali“).⁸⁹ Seit Monaten gab es internationale Vermutungen, dass die Regierung von Mali auf die Unterstützung von russischen Söldnern zurückgreift. Bis Anfang 2022 dementierte die militärische Militärregierung diese Vorwürfe.

Die ersten Berichte über einen Einsatz der russischen Wagner-Söldner in Mali waren im September 2021 bekannt geworden. Mali wird seit dem jüngsten Putsch von einer militärischen Übergangsregierung geführt. Diese räumt ein, dass sich „russische Ausbilder“ im Lande aufhalten. Es handle sich um „eine Vereinbarung zwischen dem malischen und dem russischen Staat“.⁹⁰ Wie die EU-Ausbildungsmission EUTM bilde auch Russland Sicherheitskräfte in Mali aus.

Der US-General Townsend sprach Anfang 2022 von einer „besorgniserregenden“ Situation, weil Russland den Einsatz der russischen Söldner in Mali unterstütze. Ihm zufolge werden die Wagner-Söldner mit Flugzeugen der russischen Luftwaffe nach Mali gebracht. Die ehemalige deutsche Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte im September 2021 den damals mutmaßlichen Einsatz der russischen Söldner in Mali scharf kritisiert und ebenso wie Frankreich die deutsche Beteiligung am Ausbildungsprogramm EUTM sowie an der UN-Friedensmission MINUSMA infrage gestellt. Einen Abbruch der Bundeswehrmission – mit über 1350 Bundeswehrsoldaten – in Mali lehnt die aktuelle deutsche

Bundesverteidigungsministerin, Christine Lambrecht , klar ab: „Wir werden nicht weichen, so einfach machen wir es den Russen nicht. Moskau wird es nicht gelingen, über die Entsendung von Söldnern den Westen quasi automatisch überall dort zum Rückzug zu bewegen, wo Russland uns nicht sehen will“, sagte Lambrecht Ende Januar 2022.⁹¹

Anlässlich der Afrika-Reise des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz Ende Mai 2022 zu den Staatsechfs des Senegals, Nigers und Südafrikas zu den Themen Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitspolitik und Klimaschutz wollte Scholz nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP, die sich auf deutsche Regierungskreise beruft, auch über russische Desinformationskampagnen in Afrika sprechen. Deutschland und EU wollten den russischen Versuchen, die eigene Einflussphäre in Afrika auszuweiten, entgegenwirken.⁹² So gebe es nach deutscher Auffassung eine „massive russische Desinformationskampagne“ im Süden Afrikas. Russland stelle sich in dieser massiven Desinformationskampagne als Opfer einer Aggression des Westens dar, gegen die es sich legitim verteidige.⁹³ Der Investigativ-Journalist von Code for Africa, Justin Arenstein, erklärt, dass sich die russischen Desinformationskampagnen in den letzten Jahren immer mehr professionalisiert hätten. In Nairobi beispielsweise betreibe RT, ehemals Russia Today, Büros, „die zu den größten weltweit gehören“. Das strategische Ziel vor dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine sei es gewesen, „eine pro-russische Stimmung zu erzeugen“, erklärt Arenstein, „zunächst um den Weg für Operationen von Söldner-Einheiten der ‚Gruppe Wagner‘ oder anderen russischen wirtschaftlichen oder militärischen Interessen in Afrika zu bereiten“. Als Beispiel hierfür wird der Actionfilm „Tourist“ aus dem Jahr 2021 angeführt, in welchem russische Soldaten an der Seite der Zentralafrikanischen Republik gegen Putschisten kämpfen, die die Wahlen in dem Land verhindern wollen. Premiere feierte der Kinofilm vor Tausenden Zuschauern im Nationalstadion der zentralafrikanischen Hauptstadt. Die Regierung des zentralafrikanischen Landes feierte die Produktion als „ein Ruhmesblatt für den Einsatz der russischen Streitkräfte“, zitierte die Afrika-Redaktion des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TV5 Monde. Das russische Engagement in dem zentralafrikanischen Land begann 2014 inmitten des Bürgerkriegs. 2018 habe das Land Russland um Hilfe beim Aufbau ihrer maroden Streitkräfte gebeten. Geliefert wurden Waffen und Söldner der „Gruppe Wagner“. Für ihr Engagement in der Zentralafrikanischen Republik erhielten russische Unternehmen Lizenzen für den Abbau von Gold und Diamanten. Das zentralafrikanische Land ist aber nicht das einzige, das Waffenlieferungen aus Russland erhält. Laut dem schwedischen

Friedensforschungsinstitut SIPRI kommen inzwischen 49 Prozent der gesamten Waffenimporte des Kontinents von dort. Auf den Plätzen zwei bis vier liegen: Frankreich, die USA und China.⁹⁴

Bereits im Jahr 2019 hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Beziehungen nach Afrika zur Priorität der russischen Außenpolitik erklärt und Staatschefs aus 47 afrikanischen Ländern nach Russland zu einer Konferenz eingeladen.

Zusammengefasst: Der neue Ost-West-Konflikt wird aktuell und für viele Jahre auch in Afrika ausgetragen werden. Das System Putin hat bereits vor einigen Jahren damit begonnen, seinen Einfluss auf Afrika in den Bereichen Energie, Wirtschaft, militärische Zusammenarbeit bzw. Ausbildung und Mentoring („Militärberater“), Waffenlieferungen, *Private Military Companies* auszuweiten. Der Westen, die Europäische Union, muss gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges in der Ukraine sehr schnell begreifen, dass die wirtschaftliche und politische, gerade auch die sicherheitspolitische Stabilität von afrikanischen Staaten bzw. von Regionen in Afrika, massive Konsequenzen für Europa haben wird, u.a. in Form von Flucht und Migration. Das System Putin kämpft auch in Afrika gegen den Westen und demokratische Ideen, auf zahlreichen Ebenen und mit sehr unterschiedlichen Akteuren.

5 Nahrungsmittelkrise und Hunger in Afrika

Internationale Hilfsorganisationen warnen seit April 2022 vor der schlimmsten Hungerkrise in Westafrika seit zehn Jahren, Millionen hungern bereits jetzt und der Krieg gegen die Ukraine könnte die Lage noch verschlimmern. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) warnte im April vor einer Hungerkrise immensen Ausmaßes in Afrika. Demnach leidet bereits mehr als jeder vierte Mensch auf dem afrikanischen Kontinent unter „alarmierendem“ Hunger. Dies betreffe etwa 346 Millionen Menschen, teilte das IKRK mit. Zudem werde die Zahl der Hungernden in den kommenden Monaten weiter zunehmen, hieß es. Die Hungerkrise betrifft den Angaben zufolge weite Teile des Kontinents, von dürregeplagten Ländern wie Somalia und Äthiopien im Osten bis nach Mauretanien und Burkina Faso im Westen. Allein am Horn von Afrika sind wegen der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten Millionen Menschen von schwerem Hunger bedroht. Nach UN-Angaben von Januar 2020 waren schon damals allein im Osten und Süden Äthiopiens mehr als sechs Millionen Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen.⁹⁵

Auch Westafrika steht nach Angaben von über zehn internationalen Hilfsorganisationen vor der schlimmsten Nahrungsmittelkrise seit zehn Jahren. Demnach hat sich die Zahl der Menschen in der Region, die dringend auf Lebensmittelhilfen angewiesen sind, durch interne Konflikte, Dürren, Überschwemmungen und die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie seit 2015 fast vervierfacht. Statt sieben seien mittlerweile 27 Millionen Menschen davon betroffen. Bis Juni könne diese Zahl auf 38 Millionen Menschen ansteigen, hieß es. Unabhängig vom Krieg in der Ukraine sank die Getreideproduktion in Teilen der Sahel gegenüber dem Vorjahr bereits um rund ein Drittel und die Lebensmittelpreise in Westafrika stiegen um 30 Prozent. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen könnten in diesem Jahr 6,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren in der Region akut unterernährt sein. Nach Angaben des Roten Kreuzes wird der Krieg gegen die Ukraine die ohnehin bereits sehr schwierige Situation in Afrika weiter verschlimmern, weil der Krieg bereits jetzt auch in Afrika zu steigenden Lebensmittel- und Treibstoffpreisen sowie zu Unterbrechungen der Lieferketten beigetragen und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie verstärkt hat.⁹⁶

Die Ukraine ist einer der größten Getreideproduzenten der Welt. Über die ukrainischen Häfen wurden vor Kriegsbeginn monatlich rund 4,5 Millionen Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert, darunter zwölf Prozent des weltweit erzeugten Weizens, 15 Prozent des Maises und die Hälfte des Sonnenblumenöls. Der Export über die ukrainischen Seehäfen ist wegen der russischen Seeblockade vollständig zum Erliegen gekommen. Die EU hatte zuletzt angekündigt, den Getreidehandel über andere Wege möglich machen zu wollen.⁹⁷

Die russischen Streitkräfte stehen Ende Mai 2022 im Verdacht, bei der seit Februar laufenden Invasion in der Ukraine tonnenweise Getreide unrechtmäßig zu entwenden. Darüber berichtete der US-amerikanische Sender CNN unter Berufung auf Satellitenbilder des US-Dienstleisters „Maxar Technology“. Demnach sollen russische Schiffe am Hafen von Sewastopol auf der annektierten Halbinsel Krim dabei beobachtet worden sein, wie sie ukrainisches Getreide verladen und weiterverschiffen. Die beiden Schiffe „Matros Posynitsch“ und „Matros Koschka“ haben dem Bericht zufolge den Hafen mittlerweile verlassen, laut dem Geo-Dienstleister „Marinetraffic.com“ befinden sie sich noch auf See. Die Bilder sind laut CNN qualitativ so gut, dass die Verladung aus den Getreide-Silos auf die Schiffe genau erkennbar sei. Die „Matros Posynitsch“ wurde bereits vor zwei Wochen auf Satellitenbildern am syrischen

Hafen Latakia gesichtet, nachdem es von ägyptischen Häfen abgewiesen wurde. Dort wurde demnach das Getreide auf Trucks weiter verladen.⁹⁸

Die Ukraine ist einer der größten Weizenexporteure weltweit, kann jedoch seit dem Beginn des Krieges nur noch einen Bruchteil ausführen. Daher droht eine Hungerkrise historischen Ausmaßes, vor allem in Afrika. Russland verfolge die Strategie, Hunger als Instrument einzusetzen, erklärte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock Mitte Mai 2022. Zum Auftakt seiner Afrika-Reise Mitte Mai sagte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz den von der weltweiten Ernährungskrise betroffenen Ländern des Kontinents Hilfe zu bot dem Senegal eine Zusammenarbeit bei der Gasförderung an. Es ergebe Sinn, eine solche Kooperation „intensiv zu verfolgen“, dies sei ein „gemeinsames Anliegen“, sagte der deutsche Bundeskanzler. Es geht um die Erschließung eines Gasfelds vor der westafrikanischen Küste, an dem neben dem Senegal auch Mauretanien beteiligt ist. Man habe begonnen, sich darüber auszutauschen, sagte Scholz. Sall betonte, der Senegal sei bereit Europa mit Gas zu beliefern. Der Kanzler zeigte sich auch zu einer stärkeren Kooperation bei den erneuerbaren Energien bereit.⁹⁹

In Bezug auf die aktuelle Ernährungskrise des Frühjahrs 2022 warnte Scholz davor, dass viele Staaten in große Schwierigkeiten kommen könnten, ihre Bevölkerung zu ernähren. Deutschland werde „alles tun, was wir unternehmen können“, um dem entgegenzuwirken. Die russische Blockade der Weizenexporte aus der Ukraine haben die Lebensmittelpreise steigen lassen und die Krise vor allem in den von massiver Dürre betroffenen ostafrikanischen Länder Somalia, Äthiopien und im Norden Kenias verschärft. „Viele Länder auf der Welt sind von diesem Krieg betroffen, die weit weg davon sind“, erklärte Scholz. Die deutsche Bundesregierung werde weiter Hilfsprogramme unterstützen. Bei Hilfsorganisationen sind die Erwartungen hoch. World Vision beklagt, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ab 2015 den Fokus zu stark auf „Migrationsabwehr“ gelegt habe: „Von Kanzler Scholz erwarten wir eine Politik der Augenhöhe“.¹⁰⁰

6 Energiepolitische Folgen für Europa

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24.2.2022 verhängte die EU fünf Sanktionspakete gegen Russland, darunter gezielte restriktive Maßnahmen gegen Einzelpersonen (individuelle Sanktionen), Wirtschaftssanktionen und diplomatische Maßnahmen.

Nach Angaben von Energieforschern von Mitte März 2022 reichen die in Deutschland vorhandenen Erdgasreserven für die letzten Winterwochen des Jahres 2022 noch aus, aber im kommenden Winter 2022/2023 könnte es zu spürbaren Engpässen kommen. Denn die deutschen Gasspeicher sind aktuell nur noch zu etwa 20 Prozent gefüllt. Diese Knappheit habe unter anderem der russische Gazprom Konzern direkt zu verantworten, sagt Professor Michael Sterner, Leiter der Forschungsstelle Energienetze und Energiespeicher an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). „Gazprom besitzt rund 20 Prozent der Gasspeicher in Deutschland und hat sie im vergangenen Sommer überhaupt nicht aufgefüllt.“¹⁰¹ Offenbar hatte das russische Unternehmen den geplanten Krieg auf diese Weise schon vorbereitet. Die Bundesregierung müsse hier rasch mit Regulierung reagieren, rät Sterner. „Betreiber von Gasspeichern sollten diese bis zum Beginn einer Heizperiode im Herbst zu 80 bis 90 Prozent auffüllen.“ Im kommenden Sommer dürfte das allerdings nicht mehr gelingen, angesichts eines möglichen Lieferstopps. Deutschland müsse sich aus Sicht der Wissenschaftler daher auf drastische Sparmaßnahmen im kommenden Winter einstellen. „Wenn wir die Heizungen in unseren Häusern um ein Grad kälter einstellen, können wir dadurch rund sechs Prozent unseres Energieverbrauchs einsparen“, sagt Martin Pehnt, Fachbereichsleiter Energie am Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu). Damit fasst er eine Formel zusammen, die bereits Fatih Birol präsentiert hatte. Der Chef der Internationalen Energie Agentur IEA hatte einen Zehn-Punkte-Plan vorgestellt, mit dem Europa die russischen Gaslieferungen innerhalb eines Jahres weitgehend ersetzen könne. Punkt neun der Liste lautet: Privatverbraucher sollten ihre Heiztemperaturen um ein Grad absenken und so für Einsparungen von bis zu zehn Milliarden Kubikmetern Gas sorgen.

Nach Ansicht von Bruno Burger vom Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg seien „drei Grad weniger in der eigenen Wohnung gut aushaltbar im Vergleich zur Angst um

das eigene Leben im Kriegsgebiet“. „Entwickelt sich der Krieg so, wie russische Truppen bereits gegen Aleppo in Syrien vorgegangen sind, dann wird er viel dramatischer. Dann bleibt uns keine andere Wahl, als den Kauf von Öl und Gas aus Russland komplett einzustellen.“¹⁰²

Nach langen Beratungen schlug die EU-Kommission Anfang Mai 2022 den EU-Mitgliedsstaaten einen schrittweisen Ausstieg aus dem Import von russischem Öl vor, im Rahmen des sechsten Sanktionspakets gegen Russland. Nach wochenlanger Blockade gab Deutschland seinen Widerstand gegen ein solches Öl-Embargo auf. Jedoch wollte Ungarn – mit Stand vom 26.5.2022 – vorerst nicht auf russisches Öl verzichten. Im Ringen um weitere Sanktionen gegen Russland werde ein Lieferstopp für russisches Öl in die EU nach Angaben des deutschen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck vom 24.5.2022 immer wahrscheinlicher. Ein solches Embargo sei in „greifbare Nähe gerückt“, sagte der Bundeswirtschaftsminister und Grünen-Politiker, er rechne „innerhalb von wenigen Tagen“ mit einem Durchbruch.¹⁰³ Auch in Deutschland soll das russische Öl nicht von heute auf morgen verbannt werden. Das Embargo soll im Verlauf von mehreren Monaten greifen. Das Bundeswirtschaftsministerium hält einen Ausstieg von russischen Rohölimporten bis zum Spätsommer für realistisch. Binnen weniger Wochen ist der Anteil des russischen Öls am Ölverbrauch Deutschlands bereits von 35 auf zwölf Prozent gesunken.¹⁰⁴

Sollte die russische Regierung Vergeltungsmaßnahmen für die EU-Sanktionen beschließen und zum Beispiel die Ölexporte nach Europa schon vor Jahresende kappen, könnte sich Öl deutlich stärker verteuern. Dann sei auch das Niveau des bisherigen Jahreshochs von 140 Dollar je Fass wieder in Reichweite, meint Helima Croft, Rohstoffexpertin von RBC Capital Markets. Sollte das Embargo radikaler ausfallen und zum Beispiel russisches Erdöl binnen zwei Monaten wegfallen, würde sich das Erdöl-Angebot verknappen. Das würde die Preise nach oben katapultieren, glaubt de Rubia von der Hamburg Commercial Bank. In diesem Fall seien Preise von 200 US-Dollar je Barrel gut möglich. Ein derartiges Szenario erwarte er aber nicht.¹⁰⁵

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich jedoch weniger entspannt. Einzelne Verbände warnen vor negativen wirtschaftlichen Folgen. Bei einem Ölembargo würden die Preise weiter steigen, glaubt Peter Adrian, Präsident des Deutschen industrie- und Handelskammertags (DIHK). Dadurch würden die energieintensive Industrie und die Logistikbranche in existentielle Nöte geraten. Nach Einschätzung von Manuel Frondel, Energieexperte vom Forschungsinstitut RWI, dürfte der Benzinpreis noch mal einen Sprung nach oben machen. Der ADAC prophezeit

höhere Benzinpreise – aber nicht dauerhaft in ganz Deutschland, sondern regional in Teilen Ostdeutschlands. Der Stopp der russischen Öl-Lieferungen würde vor allem die Raffinerie in Schwedt, die noch mehrheitlich dem russischen Konzern Rosneft gehört, hart treffen. Ein schneller Umstieg der Raffinerie auf andere Erdölsorten ist unwahrscheinlich. Entsprechend wird bei einem Erdölimport die Produktion von Benzin und Diesel in Ostdeutschland niedriger ausfallen und der Bedarf muss über Einkäufe im übrigen Deutschland sowie im Ausland erfolgen, sagt Volkswirt de la Rubia. Das werde sich in höheren Preisen niederschlagen. Dagegen scheint die Raffinerie in Leuna in der Lage zu sein, auf andere Erdölsorten umzurüsten. Total Energies, der Betreiber der Raffinerie, hat kürzlich erklärt, er könne bis zum Jahresende oder vielleicht schon früher das russische Öl ersetzen. Der mögliche Schock nach einem Ölembargo gegen Russland dürfte sich somit in Deutschland vorerst in Grenzen halten.¹⁰⁶

7 Das System Putin und Extremisten in Europa

Russia Today DE war nach Angaben von CeMAS in der ersten Kriegswoche mit Abstand das meistgeteilte Medium in den einschlägigen Kanälen und Gruppen auf Telegram. Verschwörungsgläubige, Radikale und Extremisten verbreiteten dort teilweise ungefiltert die Propaganda des Systems Putin und wurden damit im eigenen Milieu – u.a. unter „Querdenkern“ – zu einer wichtigen Verbreitungsquelle russischer Desinformation. Für das System Putin und gegen die ukrainische und/oder zumindest gegen den Westen positionierte sich die Mehrheit der zehn Kanäle mit den meisten Abonnenten. Dazu zählen u.a. die Kanäle der Verschwörungsideologen Eva Herman, Bodo Schiffmann und Reiner Fuellmich. Auch die Kanäle der sächsischen Kleinstpartei Freie Sachsen sowie der „Alternativmedien“ AUF1, Freie Medien und Ken Jepsen – Aufklärung und Information verorteten sich an der Seite Putins. Allgemein stellten Dittrich, Rathje und Müller am 18.3.2022 für das CeMAS fest, dass die Top 10 Kanäle, die sich pro-Putin positionierten, seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges einen klaren Zuwachs verzeichnen konnten. Einen großen Zuwachs verzeichneten pro-russische Kanäle, die zuvor eher weniger Abonnenten aufwiesen und vor dem Krieg nicht zu den reichweitenstärksten Kanälen des Milieus von „Querdenkern“, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Rechtsextremisten zählten.¹⁰⁷

Inhaltlich wurde vor allem das Handeln der russischen Regierung entschuldigt: Putin „reagiere lediglich auf jahrelange Provokationen des Westens“ – vor allem der NATO. Der Kanal AUF1 bot für diese Position dem Verschwörungsideologen Christoph Hörstel, der zwei verschwörungsideologische Kleinstparteien gegründet hat (Deutsche Mitte, Neue Mitte), mit einem Interview eine Plattform. Bodo Schiffmann griff darüber hinaus die von Russland verbreitete Desinformation über eine „Entnazifizierung“ der Ukraine durch Russland auf, indem er behauptete, die NATO habe in der Ukraine eine faschistische Regierung an die Macht gebracht. Außerdem teilte er, wie auch Eva Herman, eine innerhalb des Milieus häufig anzutreffende Desinformation über US-finanzierte Biolabore in der Ukraine, was ebenfalls den Angriff Putins rechtfertigen sollte. Die Labore sollen an der Grenze zu Russland bzw. zur russisch besetzten Krim liegen, vom US-Verteidigungsministerium finanziert sein und an biologischen Waffen arbeiten. Diese Behauptungen sind seit Jahren Teil einer russischen Desinformationskampagne.

Nach Angaben von CeMAS ordnet nicht nur Oliver Janich den Krieg in einen größeren verschwörungsideologischen Zusammenhang ein. Sehr deutlich werde innerhalb des Gesamtmilieus der Bezug zur Pandemie und den damit verbundenen Themen der Errichtung einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) oder der Vergiftung der Bevölkerung durch Impfungen hergestellt. Eva Hermans mit 277.532 Aufrufen reichsweitenstärkstes Posting, aber auch Bodo Schiffmann und die Freien Sachsen behaupten, dass „der Krieg in der Ukraine von einer geplanten Zwangsimpfung ablenken“ solle. Die Kanäle AUF1, Freie Medien sowie die Kanäle von Bodo Schiffmann, Reiner Fuellmich und Oliver Janich sehen den Krieg in der Ukraine als Teil des verschwörungsideologischen Masterplans „The Great Reset“. Schiffmann, Janich und Reiner Fuellmich unterstellen, der Krieg solle den Umsetzungsprozess, der mit COVID-19 begonnen habe, beschleunigen. Fuellmich behauptete in einem Interview mit dem verschwörungsideologischen „alternativen“ Medium Bittel TV vom 28. Februar 2022 gar, er könne keine Kampfhandlungen in der Ukraine wahrnehmen. Auch die ältere Chiffre von der „Neuen Weltordnung“ (NWO) wird im Zusammenhang mit dem Great Reset von AUF1 und Schiffmann genutzt. AUF1 hebt in einem der analysierten Postings besonders die Rolle von „Globalisten“ bei der Verschwörung hervor. Bei dem Begriff handelt es sich um eine antisemitische Chiffre, die vor allem in verschwörungsideologischen und rechtsextremistischen Milieus genutzt wird.¹⁰⁸

Die TOP 10 deutschsprachigen Telegramkanäle – reitschuster.de, Eva Hermann Offiziell, AUF1, GemeINSam stark – JETZT, Freie Medien, Alles Ausser Mainstram, Reiner Fuellmich, Oliver Janich öffentlich, Freie Sachsen sowie Ken Jebsen – Aufklärung und Information – mit verschwörungsideologischen Inhalten kam mit Stand vom 11.3.2022 auf über 1.854 Millionen Abonnenten. Diese zehn reichweitenstärksten Telegramkanäle werden – nicht exklusiv – unter anderem von Verschwörungsgläubigen, Radikalen und Extremisten – konsumiert.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine spielt eine hervorgehobene Rolle innerhalb des deutschen Milieus von Verschwörungsgläubigen, Radikalen und Extremisten. Die im Augenblick mehrheitliche Positionierung pro System Putin ist nicht überraschend, da sie bereits seit Jahren Teil des verschwörungsideologischen Milieus ist. Die ersten Aggressionen Russlands gegen die Ukraine im Frühjahr 2014, deren Resultate unter anderem die Annexion der Krim und die Sezessions-Bestrebungen der pro-russischen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk waren, führten zu deutschlandweiten pro-russischen Protesten unter dem Label Montagsmahnwachen für den Frieden, die als ideologische Vorläuferinnen der „Querdenken“-Proteste eingestuft werden. Im Rahmen dieser Mahnwachen fanden Kayvan Soufi-Siavash (Ken Jebsen/KenFM/apolut), Jürgen Elsässer (COMPACT Magazin), Andreas Popp und Eva Herman (Wissensmanufaktur), Heiko Schrang, der Band Die Bandbreite und Dieter Dehm bereits Verschwörungsideologen Gehör, die später auch bei „Querdenken“ aktiv waren und sind. Andere Akteure der derzeitigen Proteste traten im Rahmen der „Montagsmahnwachen“ zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung, wie beispielsweise der Rechtsextremist Nikolai Nerling („Der Volkslehrer“). Wie auch bei „Querdenken“ war die Zusammensetzung der Protestierenden der Montagsmahnwachen sehr heterogen. Die Protestierenden richteten sich 2014/15 gegen die offizielle Darstellung des Krieges durch westliche Regierungen und die Berichterstattung der etablierten Medien sowie eine angebliche Weltverschwörung der USA, besonders der Federal Reserve Bank, mit dem Ziel die Welt zu beherrschen. Nicht nur personelle Kontinuitäten existieren zwischen den Mahnwachen und den aktuellen „Querdenker“-Protesten.¹⁰⁹

Eine aktuelle repräsentative Umfrage von CeMAS – Zeitraum 1. bis 12. April 2022 – in Deutschland zeigt, wie weit Verschwörungserzählungen über den russischen Krieg gegen die Ukraine in Deutschland verbreitet sind. Etwa ein Fünftel der Befragten stimmt entsprechenden Aussagen demnach eher zu. Deutlich höher ist der Wert bei AfD-Wählern, Ungeimpften und

Corona-Demonstranten. In der Umfrage wurde die Zustimmung zu einer ganzen Reihe von Aussagen abgefragt. So stimmten rund 12 Prozent ganz und fast 20 Prozent zumindest teilweise der Aussage zu, Wladimir Putin gehe „gegen eine globale Elite vor, die im Hintergrund die Fäden zieht“. Dass der russische Präsident Putin „vom Westen zu einem Sündenbock gemacht“ werde, „um von den wahren Problemen abzulenken“, glaubten gut 15 Prozent der Befragten voll und ganz und etwa 16 weitere Prozent teilweise. Knapp sieben Prozent stimmten der Verschwörungserzählung zu, die Ukraine betreibe zusammen mit den USA geheime Labore zur Herstellung von Biowaffen, vollständig zu und doppelt so viele teilweise.¹¹⁰ Weit verbreitet ist der Umfrage zufolge eine Skepsis gegenüber westlichen Medien. Fast 14 Prozent stimmten der Aussage, man könne ihnen in der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine nicht trauen, vollständig zu, mehr als 21 Prozent teilweise.

Erhebliche Unterschiede stellte die CeMAS-Studie zwischen verschiedenen demografischen und politischen Gruppen fest. Die höchste Zustimmung zu Verschwörungserzählungen über den Ukraine-Krieg gibt es demnach bei den 30 bis 49-Jährigen (etwa 24 Prozent), die niedrigste bei Menschen über 60 (rund 13 Prozent).

Noch eindrücklicher sind die Umfrageergebnisse mit Blick auf das Wahlverhalten: Fast 60 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler stimmen der Studie zufolge verschwörungsideologischen Aussagen zum Krieg zu. Bei den Wählern der Partei Die Linke sind es immer noch 26 Prozent, unter FDP-Wählern rund 15. Die Wähler von CDU/CSU (knapp 12 Prozent) und SPD (circa 10 Prozent) unterscheiden sich in dieser Hinsicht kaum. Am geringsten ist die Zustimmung zu verschwörungsideologischen Aussagen demnach mit weniger als 4 Prozent unter Grünen-Wählern. Die Wähler der AfD, die an dieser Umfrage teilgenommen haben, sahen auch am häufigsten eine Kriegsschuld der Ukraine, der USA, der EU und der Nato.¹¹¹

Die repräsentative Umfrage belegt darüber hinaus den Zusammenhang zwischen Corona-Verschwörungserzählungen und solchen über den russischen Krieg gegen die Ukraine. Je mehr Impfungen Personen gegen das Coronavirus erhalten haben, desto weniger stimmen sie demnach verschwörungsideologischen Aussagen über den Krieg zu. Unter den Ungeimpften ist die Zustimmung zu solchen Aussagen mit etwas mehr als 56 Prozent am höchsten. Ungeimpfte und Corona-Demonstranten glauben Verschwörungserzählungen besonders

häufig. Auch unter Personen, die eine hohe Bereitschaft zum Protest gegen staatliche Corona-Maßnahmen haben, ist die Zustimmung mit ebenfalls 56 Prozent besonders hoch.

„Die Ergebnisse zeigen noch einmal für die Gesellschaft auf, was wir für den digitalen Raum bereits belegen konnten: Wo Corona-Leugnung vorher das Thema war, wird nun der Angriffskrieg gegen die Ukraine verschwörungsideologisch aufgeladen“, erklärte die Psychologin und CeMAS-Geschäftsführerin Pia Lamberty. „Dementsprechend ist es wichtig, langfristig Strategien für den Umgang zu entwickeln. Diese Mobilisierungen werden nicht einfach so verschwinden – gerade in Anbetracht der multiplen Krisenlagen“, fügte sie hinzu.

Die Pro-Putin-Positionierung im verschwörungsideologischen Milieu sei kein Zufall, sagte Lamberty. „NATO und USA waren auch 2014 die Feindbilder, die die verschwörungsideologisch geprägten ‚Mahnwachen für den Frieden‘ zu Mobilisierungserfolgen verhalfen“, erklärte sie. „Liberale Demokratien gelten im Milieu als Feindbilder, während autoritären Führern zugejubelt wird.“ Dieses „Sammelbecken von antidemokratischen Positionen“ sei zu lange verharmlost worden.

In Bezug auf die russischen Desinformationskampagnen ist zu konstatieren, dass bereits in den letzten Jahren der Trend der Internationalisierung, der Vernetzung im europäischen Rechtsextremismus zu beobachten war. Realweltlich personell im Rahmen von Kampfsportturnieren wie „Kampf der Nibelungen“ sowie rechtsextremistischen Musikkonzerten in zahlreichen europäischen Ländern. Virtuell auf zahlreichen Websites mit rechtsextremistischen Inhalten sowie in den Sozialen Netzwerken. Europäische Rechtsextremisten sind sich darüber einig, dass sie die liberalen, pluralistischen Demokratien Europas, die europäische demokratische Werteordnung ablehnen. Diese Demokratiefeindlichkeit europäischer Rechtsextremisten und dieser Konsens könnte ein strategisches Einfallstor für eine Einflussnahme durch das System Putin darstellen. Beispielsweise im Rahmen von Fake News auf der Ebene Psychological Warfare im Internet, auf Websites, in den Sozialen Netzwerken. Aber auch eine finanzielle Unterstützung von (gewaltbereiten) Rechtsextremisten in Europa durch russische Akteure ist denkbar. Europäische Rechtsextremisten und Rechtsextremisten weltweit lehnen liberale Demokratien ab. Das System Putin befindet sich nun in einem neuen Ost-West-Konflikt, der im Augenblick die Eskalationsstufe eines Angriffskrieges auf einen souveränen europäischen Staat, die Ukraine, erreicht hat. In diesem neuen Ost-West-Konflikt könnten Akteure des Systems Putin

strategische Partnerschaften mit europäischen Rechtsextremisten eingehen. Dem sollten die Regierungen der europäischen Länder, ihre Sicherheitsbehörden, aber auch wissenschaftliche Institute und die Medien Ressourcen, Maßnahmen, Programme und umfangreiche Forschung entgegensetzen.¹¹²

Nach Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden unterwandern auch Linksextremisten in Baden-Württemberg seit Beginn des Krieges in der Ukraine die Demonstrationen gegen den Krieg. Dabei verurteilen sie aber nicht nur den russischen Angriffskrieg, auch der Nato, der USA und der Bundesregierung wird mitunter „Kriegstreiberei“ vorgeworfen, wie eine Antwort des Innenministerium auf eine Anfrage der FDP-Fraktion ergab, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.¹¹³ Nach Angaben von Landesinnenminister Strobl versuchen Linksextremisten auf diesen Friedensdemonstrationen, nicht nur ihre politischen Botschaften über die eigene Klientel hinaus zu transportieren, sondern auch neue Anhänger zu gewinnen. „Auch ist eine Verbreitung der von der russischen Regierung ausgegebenen Narrative festzustellen“, betont Landesinnenminister Strobl. So teilten die Ortsgruppen der linksextremistischen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) das Narrativ des Systems Putin, nach dem angebliche „Terroranschläge der ukrainischen Armee vor allem auf die Zivilbevölkerung“ und eine vom Westen und der NATO vorangetriebene Eskalation zum militärischen Eingreifen Russlands geführt hätten. Organisationen wie die DKP folgten ideologisch „weitgehend linientreu den Interpretationen der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und zum Teil auch denen des Kreml“, schreibt Innenminister Strobl. Das gewaltorientierte bundesweite Bündnis „Perspektive Kommunismus“ (PK), dem in Baden-Württemberg die „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ und die „Linke Aktion Villingen-Schwenningen“ angehören, habe als Kriegsursache eine „faschistoide Entwicklung der Ukraine seit dem Maidan-Umsturz“ angeführt. Russland agiere „angesichts der Umzingelung durch die Nato aus der Defensive“, wird das Bündnis zitiert.¹¹⁴

Die Analyse der Sicherheitsbehörden Baden-Württembergs und von Innenminister Strobl lautet, dass Linksextremisten gesellschaftlich breit diskutierte oder akzeptierte Themen besetzen wollen, „um so die Grenzen zwischen legitimem zivilgesellschaftlichem und extremistischem Engagement aufzulösen“. Sie versuchten auf den Demonstrationen, gesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen, um damit die eigenen Positionen anschlussfähiger zu machen. Sie verschleierten dabei oft ihre Motivation und spiegelten falsche

Tatsachen vor, um neue Anhänger zu gewinnen. Das Landesamt für Verfassungsschutz sehe die konkrete Gefahr, dass „russische Propaganda und Desinformation durch extremistische, darunter auch linksextremistische, Akteure weiterverbreitet wird“.¹¹⁵

8 Fazit

Bei der Analyse des russischen Krieges gegen die Ukraine sind zahlreiche Ebenen sowie Faktoren zu beleuchten, zu untersuchen und täglich neue Informationen auszuwerten. Wobei bei keinem Blickwinkel auf diesen Krieg vergessen werden sollte, dass dieser Krieg in jeder Minute das Leben und die Gesundheit – körperlich und psychisch – von zahlreichen unschuldigen Menschen bedroht. Zahlreiche ukrainische Kinder, Frauen, Nichtkombattanten, aber auch Kombattanten, Ukrainer, die ihr Land und ihre Freiheit verteidigen, wurden verletzt und getötet.

Der neue Ost-West-Konflikt, dieser Ost-West-Konflikt des 21. Jahrhunderts hat spätestens mit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 begonnen und mit der russischen Invasion am 24.2.2022 ein für das 21. Jahrhundert historisches Höchstmaß erreicht. Dieser neue Ost-Konflikt des 21. Jahrhunderts wird viele weitere Menschenleben kosten und er wird die Innere Sicherheit Europas bedrohen. Das System Putin wird sehr wahrscheinlich intensive Kooperationsformen mit den Feinden der liberalen Demokratien suchen, also beispielsweise mit Rechtsextremisten und anderen Staatsgegnern in Europa. In Zeiten von Krisen haben es Populisten, Radikale und Extremisten leichter zu destabilisieren, Propaganda zu verbreiten und zu rekrutieren. Eine potenziell signifikante Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Europa und der Welt hätte damit potenziell auch Auswirkungen auf die Innere Sicherheit Europas und der Welt.

Ob die vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und der aktuellen deutschen Bundesregierung angekündigte „Zeitenwende“¹¹⁶ auch eine tatsächliche Zeitenwende für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellen wird, bleibt abzuwarten. Die aktuelle Politik der deutschen Bundesregierung in Bezug auf die Waffenlieferungen an die Ukraine spricht zunächst gegen eine tatsächliche Zeitenwende. Die aktuelle deutsche Sicherheitsarchitektur, die Ausbildung und Ausrüstung ihrer Streitkräfte bzw. ihrer Behörden, sollten angesichts dieses neuen Ost-West-Konflikts mit einer russischen Kriegsführung, die

kaum Limits kennt, schnellstmöglich auf den Prüfstand gestellt werden, von der Politik, von den Sicherheitsbehörden und Streitkräften selbst und von der Wissenschaft.

Dazu sollte die Idee einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schnellstmöglich wiederbelebt bzw. nach dem Prinzip einer „Zeitenwende“ umfassender und konsequenter gedacht und sehr zeitnah umgesetzt werden.

9 Über den Autor

Stefan Goertz

Dr. Stefan Goertz ist Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck. Studium u.a. in Berlin und in Damaskus/Syrien. Promotion in Kanada und an der Universität der Bundeswehr, München. Auslandseinsätze als Offizier der Bundeswehr in Bosnien (EU) und im Libanon (UNO). Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Islamistischer Terrorismus, Islamismus, Salafismus, Organisierte Kriminalität sowie Cybercrime. Aktuelle Bücher: Politisch motivierte Kriminalität. Radikalisierung und Extremismus (2. Aufl.), C.F. Müller/Kriminalistik; Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland, Verlag Deutsche Polizeiliteratur; Terrorismusabwehr. Zur aktuellen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa (3. Aufl.), Springer VS; Islamistischer Terrorismus, 2. Auflage, C.F. Müller/Kriminalistik.

10 Quellen

-
- ¹ Vgl. Goertz, S. (2022): Der Krieg in der Ukraine. Folgen für Deutschland und Europa. Teil 1: Die Hybridkriegsführung Russlands. In: Kriminalistik 5/2022, S. 259.
- ² Vgl. ebd.
- ³ Vgl. <https://www.behoerden-spiegel.de/2022/02/14/die-ukraine-und-das-budapester-memorandum/> (20.5.2022).
- ⁴ Vgl. <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-konflikt-russland-plant-laut-washington-post-offensive-mit-175-000-soldaten-a-e53417d1-2268-411c-afeb-694850b3f77d> (20.5.2022).
- ⁵ Vgl. ebd.
- ⁶ <https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen/was-sind-hybride-bedrohungen--13692> (20.5.2022).
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Vgl. Eitelhuber, N. (2019): Russlands Streitkräfte – Entwicklungen und Zielsetzungen. Eine Analyse vor dem Hintergrund der strategischen Kultur Russlands. SWP AP Nr. 4, August 2019, S. 2.
- ⁹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/scholz-putin-moskau-101.html> (20.5.2022).
- ¹⁰ <https://www.nzz.ch/international/ukraine-russlands-truppen-ruecken-rasch-an-mehreren-fronten-vor-id.1671599> (20.5.2022).
- ¹¹ Vgl. Goertz, S. (2022): Der Krieg in der Ukraine, S. 260.
- ¹² Vgl. <https://www.rnd.de/politik/krieg-in-osteuropa-diese-waffen-werden-von-russland-und-der-ukraine-eingesetzt-6IMCDWVJXGINS44DTLHC2H4GZQ.html> (20.5.2022).
- ¹³ Vgl. <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-nato-wirft-russland-einsatz-von-streubomben-vor-a-1a6452ed-13e3-4743-8c56-a3671405ca20> (21.5.2022).
- ¹⁴ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/thermobare-waffen-russland-ukraine-krieg-100.html> (21.5.2022).
- ¹⁵ Vgl. Goertz, S. (2022): Der Krieg in der Ukraine, S. 261.
- ¹⁶ Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/un-ukraine-krieg-un-fordern-untersuchung-zu-sexueller-gewalt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220412-99-889140> (21.5.2022).
- ¹⁷ Vgl. https://www.t-online.de/nachrichten/wissen/geschichte/id_91841562/ukraine-konflikt-jetzt-geht-putin-zu-einem-vernichtungskrieg-ueber-.html (21.5.2022).
- ¹⁸ Vgl. <https://www.fr.de/politik/krieg-in-der-ukraine-ein-rueckfall-ins-mittelalter-91428278.amp.html> (22.5.2022).
- ¹⁹ Vgl. ebd.
- ²⁰ <https://www.zeit.de/news/2022-03/25/europaeische-union-wirft-russland-kriegsverbrechen-in-der-ukraine-vor> (22.5.2022).
- ²¹ Vgl. https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/graueeltaten-in-der-ukraine-butsch-ist-ein-wendepunkt-17940222.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (22.5.2022).
- ²² Vgl. ebd.
- ²³ Vgl. ebd.
- ²⁴ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-un-sicherheitsrat-vergewaltigungen-101.html> (22.5.2022); Goertz 2022, Der Krieg in der Ukraine, S. 262-263.
- ²⁵ Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/ukraine-butsch-soldaten-besprachen-graueeltaten-gegen-zivilisten-ueber-funk-a-9e01662c-aa7e-4828-bf6f-f662d9b6164e> (22.5.2022).
- ²⁶ Vgl. https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-die-soldaten-verrohen-kriegsverbrechen-nehmen-zu-id.1678444?trco=21021291-05-18-0001-0004-009651-00000009&s_kwid=AL%216521%213%21588837469664%21%21%21g%21%21&gclid=EAlaIqobChMIIIHho6_R9wlVzwyLCh38Kqi2EAMYASAAEglqZfD_BwE (22.5.2022)
- ²⁷ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/amnesty-ukraine-kriegsverbrechen-101.html> (22.5.2022).
- ²⁸ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/vergewaltigung-im-ukraine-krieg-haben-die-uebergriffe-system-17985230.html?premium> (22.5.2022).
- ²⁹ Vgl. ebd.

-
- ³⁰ Vgl. ebd.
- ³¹ Vgl. ebd.
- ³² Vgl. ebd.
- ³³ Vgl. https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russischer-angriff-auf-schule-fordert-60-tote-ld.1683214?kid=nl164_2022-5-9&ga=1&mktcval=164_2022-05-09&mktcid=nlcd (22.5.2022).
- ³⁴ Vgl. ebd.
- ³⁵ Vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article238640967/Ukraine-Krieg-Im-Donbass-entfesselt-der-Schlaechter-von-Aleppo-seine-brutale-Strategie.html> (22.5.2022).
- ³⁶ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-verschleppung-kinder-russland-100.html> (22.5.2022).
- ³⁷ Vgl. ebd.
- ³⁸ <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-usa-cyberkrieg-1.5552879> (22.5.2022).
- ³⁹ Vgl. ebd.; Goertz, S. (2022): Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas. In: Polizei, Verkehr und Technik 3/2022, S. 8.
- ⁴⁰ Vgl. ebd.
- ⁴¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/russland-cyberattacken-105.html> (22.5.2022).
- ⁴² Vgl. ebd.; Goertz, Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas, S. 8-9.
- ⁴³ https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/wladimir-putin-rede-militaereinsatz-ukraine-wortlaut?utm_refer (22.5.2022).
- ⁴⁴ Vgl. Goertz, S. (2022): Der Krieg in der Ukraine. Folgen für Deutschland und Europa. Teil 1: Die Hybridkriegsführung Russlands. In: Kriminalistik 5/2022, S. 264.
- ⁴⁵ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-krieg-russland-putin-100.html> (22.5.2022)
- ⁴⁶ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/eu-experte-zu-russischer-desinformation-zu-beginn-der-100.html> (22.5.2022).
- ⁴⁷ Vgl. ebd.
- ⁴⁸ Vgl. <https://www.hss.de/news/detail/russlands-einsatz-von-desinformationen-news8625/> (23.5.2022).
- ⁴⁹ Vgl. <https://cemas.io/blog/telegram-rt-ukraine/> (23.5.2022).
- ⁵⁰ Vgl. <https://www.hss.de/news/detail/russlands-einsatz-von-desinformationen-news8625/> (23.5.2022).
- ⁵¹ Vgl. Goertz, Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas, S. 8-10.
- ⁵² Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-organisierte-neonazi-gruppen-kaempfen-fuer-russland-geheimdienstbericht-a-f1632333-6801-47b3-99b9-650d85a51a52> (24.5.2022).
- ⁵³ Vgl. <https://magazin.nzz.ch/international/die-russische-soeldnerfirma-wagner-ist-putins-schattenarmee-ld.1667179?reduced=true> (24.5.2022).
- ⁵⁴ Vgl. Goertz, S. (2022): Hybride Kriegsführung. Paramilitärische Vertragskräfte der russischen Gruppe „Wagner“ im Konzept der Hybriden Kriegsführung. In: K-ISOM 3/2022, S. 42-45.
- ⁵⁵ Vgl. <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fausland%2F2022-01%2Fwagner-soldaten-russland-mali-militaer-soeldner> (24.5.2022).
- ⁵⁶ Vgl. https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article129465219/Kleine-gruene-Maennchen-ein-Hybridkrieg-und-die-Probleme-der-Nato.html (24.5.2022).
- ⁵⁷ Vgl. <https://magazin.nzz.ch/international/die-russische-soeldnerfirma-wagner-ist-putins-schattenarmee-ld.1667179?reduced=true> (24.5.2022)
- ⁵⁸ Vgl. Goertz 2022, Hybride Kriegsführung. Paramilitärische Vertragskräfte der russischen Gruppe „Wagner“ im Konzept der Hybriden Kriegsführung, S. 42-45.
- ⁵⁹ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/13/eu-imposes-restrictive-measures-against-the-wagner-group/> (24.5.2022).
- ⁶⁰ <https://magazin.nzz.ch/international/die-russische-soeldnerfirma-wagner-ist-putins-schattenarmee-ld.1667179> (24.5.2022).
- ⁶¹ Vgl. <https://www.thetimes.co.uk/article/volodymyr-zelensky-russian-mercenaries-ordered-to-kill-ukraine-president-cvcksh79d> (24.5.2022)
- ⁶² Vgl. https://time.com/6171277/volodymyr-zelensky-interview-ukraine-war/?utm_source=twitter&utm_medium=social&utm_campaign=editorial&utm_term=world_ukraine&linkid=162789913 (24.5.2022).

-
- ⁶³ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/russland-neonazis-rechtsextreme-ukraine-krieg-100.html> (24.5.2022).
- ⁶⁴ Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-kriegsverbrechen-butscha-russland-gruppe-wagner-1.5562944>
- ⁶⁵ Vgl. <https://www.stern.de/gesellschaft/ukraine--3000-soeldner-der-wagner-gruppe-laut-medienbericht-getoetet-31795712.html> (24.5.2022).
- ⁶⁶ Vgl. ebd.
- ⁶⁷ Vgl. ebd. (24.5.2022).
- ⁶⁸ Vgl. <https://www.dailymail.co.uk/news/article-10735955/3-000-Russias-feared-Wagner-mercenaries-killed-Ukraine-PMs-told.html> (24.5.2022).
- ⁶⁹ Vgl. <https://www.spiegel.de/ausland/tschetschenfuehrer-ramsan-kadirow-meldet-tod-von-elite-kaempfern-in-ukraine-a-e42fec22-b496-4357-a883-e8779370dc6f> (25.5.2022).
- ⁷⁰ Vgl. ebd.
- ⁷¹ Vgl. ebd.
- ⁷² Vgl. <https://www.dw.com/de/tschetschenische-und-tatarische-muslime-k%C3%A4mpfen-f%C3%BCr-die-ukraine/a-61265214> (24.5.2022).
- ⁷³ <https://www.welt.de/politik/ausland/article238906221/Ex-Botschafter-Putin-will-neue-Fluechtlingsstroeme-aus-Afrika-und-Nahost-erzeugen.html> (24.5.2022).
- ⁷⁴ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article238891741/UNHCR-meldet-6-4-Millionen-Kriegsfluechtlinge-aus-der-Ukraine.html> (24.5.2022).
- ⁷⁵ Vgl. ebd. (24.5.2022).
- ⁷⁶ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-schutzstatus-fluechtlinge-ukraine-101.html> (25.5.2022).
- ⁷⁷ Vgl. ebd.
- ⁷⁸ Vgl. ebd.
- ⁷⁹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-fluechtlinge-bruessel-eu-101.html> (25.5.2022).
- ⁸⁰ Vgl. ebd.
- ⁸¹ Vgl. ebd.
- ⁸² Vgl. https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/eu-solidarity-ukraine/eu-assistance-ukraine/information-people-fleeing-war-ukraine_de#your-rights-in-the-eu (25.5.2022).
- ⁸³ Vgl. ebd.
- ⁸⁴ Vgl. <https://www.swp-berlin.org/publikation/flucht-aus-der-ukraine-mobilitaet-erhalten-und-langfristig-denken> (25.5.2022)
- ⁸⁵ Vgl. ebd.
- ⁸⁶ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/scholz-afrika-ukraine-krieg-russland-100.html> (25.5.2022).
- ⁸⁷ Vgl. <https://www.dw.com/de/russlands-verb%C3%BCndete-in-afrika/a-61057335> (25.5.2022).
- ⁸⁸ Vgl. ebd.
- ⁸⁹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/mali-wagnergruppe-soeldner-101.html> (26.5.2022).
- ⁹⁰ Vgl. ebd.
- ⁹¹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus236395327/Christine-Lambrecht-Wird-Moskau-nicht-gelingen-Westen-ueber-Soeldner-Entsendung-zum-Rueckzug-zu-bewegen.html> (26.5.2022).
- ⁹² Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/mit-desinformation-und-waffen-zum-erfolg-wie-russland-seinen-einfluss-in-afrika-seit-jahren-ausbaut/28368814.html> (27.5.2022).
- ⁹³ Vgl. ebd.
- ⁹⁴ Vgl. ebd.
- ⁹⁵ Vgl. https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-04/afrika-hungerkrise-ukraine-krieg-corona?utm_referrer (27.5.2022).
- ⁹⁶ Vgl. ebd.
- ⁹⁷ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/auswertung-von-satellitenbildern-russland-stiehlt-offenbar-getreide-aus-der-ukraine/28370434.html> (27.5.2022).
- ⁹⁸ Vgl. ebd.
- ⁹⁹ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/scholz-afrika-ukraine-krieg-russland-100.html> (27.5.2022).
- ¹⁰⁰ Vgl. ebd.
- ¹⁰¹ <https://www.mdr.de/wissen/russlands-ukraine-krieg-gasstopp-moeglich-energiewende-in-deutschland-100.html> (27.5.2022).

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-oel-embargo-habeck-101.html>
(27.5.2022)

¹⁰⁴ Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/oelembargo-spritpreise-101.html>
(27.5.2022).

¹⁰⁵ Vgl. ebd.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Vgl. <https://cemas.io/blog/telegram-rt-ukraine/> (27.5.2022); Goertz 2022, Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas, S. 11-12.

¹⁰⁸ Vgl. ebd.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Vgl. <https://www.rnd.de/politik/umfrage-ungeimpfte-und-afd-waehler-glauben-staerker-an-verschwoerungen-hinter-ukraine-krieg-2TSBI4VWMZGZXN7LU2S2LSLN74.html>;
https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwoerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/2022_05_CeMAS_ResearchPaper_Verschwoerungserzaehlungen_Ukraine.pdf
(27.5.2022).

¹¹¹ Vgl. ebd.

¹¹² Vgl. Goertz 2022, Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas, S. 12.

¹¹³ Vgl. <https://www.zeit.de/news/2022-04/15/strobl-warnt-vor-linksextremisten-auf-friedensdemos>
(27.5.2022).

¹¹⁴ Vgl. ebd.

¹¹⁵ Vgl. ebd.; Goertz 2022, Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas, S. 12.

¹¹⁶ Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198>
(27.5.2022).